

Pressespiegel



GLEICHSTELLUNG DIGITAL

Grenzen überschreiten –
Horizonte öffnen

26. Bundeskonferenz der kommunalen
Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten

29. bis 31. August 2021
Digitale Konferenz aus Flensburg

Bundesarbeitsgemeinschaft
kommunaler

frauen Büros
und Gleichstellungsstellen

Impressum

Herausgegeben von der

Bundesarbeitsgemeinschaft
kommunaler Frauenbüros und
Gleichstellungsstellen (BAG)

Kontakt

Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG)
kommunaler Frauenbüros und
Gleichstellungsstellen

Geschäftsstelle

Weydingerstraße 14-16

10178 Berlin

Fon 030 - 240 09 812

Fax 030 - 240 09 813

bag@frauenbeauftragte.de

www.frauenbeauftragte.de

Redaktion/Zusammenstellung/Lektorat

Anke Spiess, Pressereferentin der BUKO 26

Die Zusammenstellung der Texte und Bildbeiträge
sowie die Gesamtherstellung erfolgte mit der
gebotenen Sorgfalt, jedoch ohne Gewähr.

Titelmotiv

Susanne Hübner, Wolfenbüttel

www.fotoagentur-huebner.de

Gestaltung/Satz/Produktion

Pauline Denecke, Grafik-Design, Düsseldorf,

www.paulinedenecke.de

Gefördert vom:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Gefördert vom:



Schleswig-Holstein
Ministerium für Inneres,
ländliche Räume,
Integration und Gleichstellung

Inhalt

05.08.2020	Flipboard Magazine	4
30.08.2021	SHZ	5
30.08.2021	Hochschule Flensburg	6
30.08.2021	Sat 1	6
31.08.2021	Flensburger Tageblatt	7
31.08.2021	www.demo-online.de	7
31.08.2021	www.kompetenzz.de	8
01.09.2021	Stadt Pforzheim	8
01.09.2021	Stadt Lünen	9
01.09.2021	SHE works!	11
02.09.2021	Stadt Hattingen	13
02.09.2021	Echo vor Ort	14
02.09.2021	Stadt Bergkamen	15
02.09.2021	Stadt Remscheid	17
02.09.2021	Kreisverwaltung des Westerwaldkreises	18
02.09.2021	www.blick-aktuell.de	19
03.09.2021	Cityportal Bottrop	20
03.09.2021	bottroper-zeitung.de	21
07.09.2021	borkenerzeitung.de	22
07.09.2021	Westdeutsche Zeitung	22
07.09.2021	Stadt Emsdetten	23
07.09.2021	Landkreis Südliche Weinstraße	24
08.09.2021	werne-plus.de	24
08.09.2021	Kreis Schleswig-Flensburg	26
09.09.2021	Westpfalz	27
10.09.2021	Pressemitteilung Stadt Trier	29
10.09.2021	Landkreis Northeim	30
10.09.2021	THE WORLD NEWS GERMANY	31
13.09.2021	Stadt Langen	32
14.09.2021	Stadt Schwabach	33
14.09.2021	Main Post	34
15.09.2021	Schwalm-Eder-Kreis	35
17.09.2021	Dein Gütersloh.de	36
18.09.2021	Remscheid	38
2021	erlangen-hoechstadt.de	39
2021	ingolstadt-reporter.de	39

05.08.2020 Flipboard Magazine

<https://flipboard.com/>

Corona: Bundeskonferenz (BUKO) der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten wird verschoben

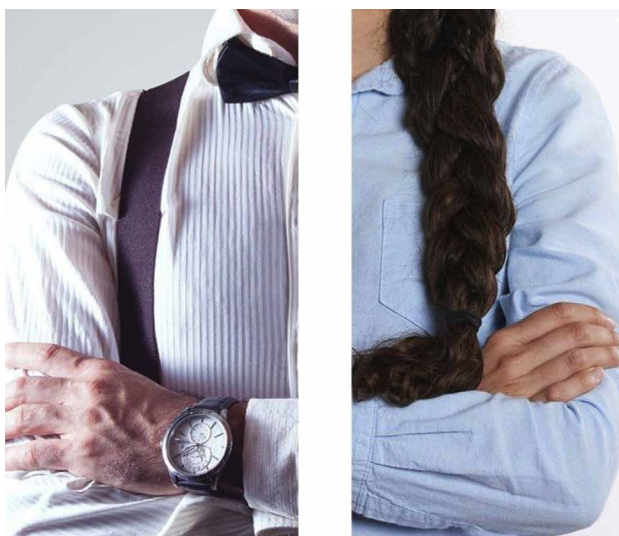


Foto: von Gerd Altmann auf Pixabay

(CIS-intern) – „Gleichstellung digital“ – so lautet der Titel der 26. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten, die eigentlich vom 6. bis 8. September in Flensburg stattfinden sollte. Mehr als 400 Gleichstellungsbeauftragte aus ganz Deutschland sowie Gäste aus Politik und Gesellschaft hatten sich dazu angemeldet. Schon seit Monaten hat die Vorbereitungsgruppe mit Blick auf Corona gebangt, ob die Konferenz in Flensburg durchgeführt werden kann – jetzt mussten die Organisatorinnen die Reißleine ziehen. Die aktuelle Landesverordnung zur Bekämpfung des Corona-Virus lässt derzeit keine Veranstaltungen in geschlossenen Räumen über 100 Personen zu.

Flensburgs Gleichstellungsbeauftragte Verena Balve hatte die BUKO in den hohen Norden eingeladen und gemeinsam mit den Bundessprecherinnen noch bis Mitte Juni an der Ausrichtung der Konferenz festgehalten. Denn: „Gerade in Zeiten von Corona ist es wichtig, über Gleichstellung zu sprechen. Die Coro-

na-Krise wirkt wie eine Lupe. Die gesellschaftlichen Ungleichgewichte und gleichstellungspolitischen Problemlagen werden sichtbar und machen deutlich, wie wichtig eine wirksame Gleichstellungspolitik ist. Es sind vor allem Frauen, die in den systemrelevanten, aber schlecht bezahlten Care-Berufen arbeiten. Sie hielten die Gesellschaft während des Lockdowns am Laufen. Sie trugen die Hauptlast bei Homeschooling und Versorgung von Angehörigen. Hauptsächlich die Mütter mussten Job und Familie unter einen Hut bringen, als Schulen und Kitas geschlossen waren. Erste Studien zeigen, dass vor allem Frauen die Verliererinnen der Corona-Krise sind. Überholt geglaubte Rollenaufteilungen waren plötzlich wieder da. Das fordert die Gleichstellungsarbeit heraus.

Gerade deshalb hatte ich die Hoffnung, gemeinsam mit 400 Kolleginnen aus Deutschland hier in Flensburg starke Impulse für die Gleichberechtigung zu setzen.“

Aufgeschoben ist nicht aufgehoben

Aufgrund der momentanen Bedingungen wird die Bundeskonferenz mit dem Schwerpunktthema „Gleichstellung digital“ um ein Jahr verschoben und findet nun am 30./31. August 2021 in Flensburg statt.

Die Licht-, aber auch die Schattenseiten einer sich immer stärker digital ausrichtenden Welt sollen unter gleichstellungspolitischen Aspekten behandelt werden: Wie verändert sich die Arbeits- und Berufswelt durch die zunehmende Digitalisierung? Wie steht es um den Schutz der Persönlichkeitsrechte? Partizipieren Frauen und Männer unterschiedlich an einer sich immer stärker digital ausrichtenden Welt?

„Wir freuen uns sehr, dass die Bundeskonferenz zwar ein Jahr später, aber dennoch in Flensburg stattfinden wird“, sagt Brigitte Kowas von der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten. „Für uns ist es besonders interessant, in einer Stadt zu tagen, die von einer Oberbürgermeisterin regiert wird. Das gibt es nicht oft in Deutschland. Bei unserem Vorbereitungstref-

fen in der wunderschönen Stadt Flensburg hatten wir Gelegenheit, mit Oberbürgermeisterin Simone Lange zu sprechen. Wir sind beeindruckt, wie groß das Engagement für die Gleichstellung ist und wie viel Flensburg schon erreicht hat. Davon kann so manche Stadt beispielhaft lernen“, so Brigitte Kowas.

Wann, wenn nicht jetzt!

„So der Titel des Aufrufs, den wir gemeinsam mit mehr als 20 bundesweiten Organisationen und Verbänden gestartet haben und der auch von der Flensburger Gleichstellungsbeauftragten Verena Balve unterstützt wird“, sagt Bundessprecherin Brigitte Kowas weiter. „Darin fordern wir zum Beispiel, dass systemrelevante Berufe in Pflege und Erziehung deutlich besser bezahlt werden müssen. Unsere Petition auf change.org hat inzwischen fast 8000 Unterzeichner*innen. Auch diese Kampagne wird Thema der BUKO im Sommer 2021 in Flensburg sein. Wir freuen uns sehr darüber, dass die Flensburger*innen die viele Arbeit auf sich nehmen, die Konferenz praktisch ein zweites Mal in ihrer Stadt zu organisieren.“

Zitat Simone Lange:

„Gern hätte ich die Teilnehmerinnen der Bundeskonferenz bereits in diesem Jahr hier in unserem schönen Flensburg begrüßt. Schließlich ist Flensburg nicht nur geographisch, sondern auch auf der gleichstellungspolitischen Landkarte ganz oben. Ich bin deshalb besonders froh, dass die Bundesarbeitsgemeinschaft dies auch so sieht und an Flensburg als Austragungsort für die nächste BUKO festhält. Die vorgesehenen Themen verlieren ja nicht an Relevanz, so dass ich mich auf anregende Diskussionen im nächsten Jahr freue“, sagt Flensburgs Oberbürgermeisterin Simone Lange.

Hintergrund:

Die Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) vertritt als Dachverband etwa 1900 kommunale Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte in ganz Deutschland. Die Bundeskonferenz (BUKO) findet alle 18 Monate in einer anderen Stadt statt. Jede BUKO hat ein Schwerpunktthema, greift aktuelle politische Entwicklungen auf und formuliert Forderungen an die Regierung. Auf der Bundeskonferenz werden die Bundessprecherinnen gewählt, die die Belange nach außen vertreten.

30.08.2021 SHZ

<https://nordschleswiger.dk/de/suedschleswig/gleichstellungspolitische-hauptstadt-hoch-im-norden>

FRAUEN UND DIGITALISIERUNG

Gleichstellungspolitische Hauptstadt hoch im Norden



Sprach das Grußwort: Bundesfrauenministerin Christine Lambrecht, Foto: Imago Images/shz.de

Flensburg ist derzeit Gastgeber der Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten. Im Mittelpunkt stehen Strategien für eine stets stärker digitalisierte Welt.

Mit digitalen Grußworten der Frauenministerinnen von Bund und Land, Christine Lambrecht (SPD) und Sabine Sütterlin-Waack (CDU), hat gestern die Bundeskonferenz der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten begonnen. Gastgeber ist in diesem Jahr die Stadt Flensburg.

450 Anmeldungen digital, 50 für Präsenz

Rund 50 Beauftragte aus verschiedenen Teilen Deutschlands haben sich zum Austausch ganz im Norden versammelt. Das ist in Corona-Zeiten indes nur die Begleitmusik: 450 Personen sind bei dem grundsätzlich digital konzipierten Kongress online dabei. Das ist so themenkonform wie möglich – geht die diesjährige Tagung doch in 15 Foren, Vorträgen und Workshops der Frage nach, welche Auswirkungen der Digitalisierungs-Boom verschiedener Lebensbereiche auf die Gleichstellungsarbeit hat.

Pressespiegel

26. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten

Studien zeigen verschiedene Teilhabe der Geschlechter

Ausgangspunkt sind Studien, die nach Veranstalterangaben zeigen, dass Frauen und Männer verschieden an einer digitalisierten Welt teilhaben. Arbeitswelt im Wandel, Umgang mit Hate Speech, Schutz von Persönlichkeitsrechten sind nur drei Beispiele für Themen, die unter dem gemeinsamen Oberbegriff zur Sprache kommen. Welche Strategien die bundesweite Gleichstellungsarbeit daraus ableitet, will die Bundeskonferenz heute in einer „Flensburger Erklärung“ veröffentlichen.

30.08.2021 Hochschule Flensburg

<https://hs-flensburg.de/>

Hochschule Flensburg ist Mitgesteher der 26. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten



Oberbürgermeisterin Simone Lange begrüßt die Konferenzteilnehmerinnen

Gleichstellung digital, Grenzen überschreiten und Horizonte öffnen – Unter diesem Motto findet seit heute die 26. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten auf dem Campus statt.

Bereits vor 3 Jahren hatte sich die Stadt Flensburg als Austragungsort der BUKO beworben, der Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten, an der mehr als 400 Teilnehmerinnen über aktuelle Herausforderungen diskutieren und Lösungswege erarbeiten. Dann im letzten Jahr die Enttäuschung: Die Pandemie hatte die BUKO nicht ermöglicht. Doch in diesem Jahr gab

es eine neue Chance: die BUKO findet noch bis kommenden Mittwoch als Hybridveranstaltung statt. Rund 30 Frauen kamen aus dem gesamten Bundesgebiet, weitere 350 nehmen gerade digital teil. Schon gestern Abend gab es einen fulminanten Auftakt, ein Empfang wie herzlicher nicht hätte sein können. Heute und morgen wird in 15 verschiedenen Foren zum Thema Gleichstellung digital gearbeitet. Unterstützung erhält diese Bundeskonferenz von den Flensburger Hochschulen, von der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz, Christine Lambrecht sowie der schleswig-holsteinischen Ministerin für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung des Landes Schleswig-Holstein, Dr. Sabine Sütterlin-Waack.

30.08.2021 Sat 1

Video: <https://www.sat1regional.de/gendern-emotionale-diskussion-um-neutrales-sprachsystem/>



Gendern: Emotionale Diskussion um neutrales Sprachsystem

Am Montag fand die Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten in Flensburg mit dem Thema „Gleichstellung digital“ statt. Auch die sprachliche Gleichstellung, das Gendern, spielte dabei eine Rolle. Das Thema ist emotional und die Meinungen darüber gehen auseinander.

31.08.2021 Flensburger Tageblatt

Neue Strategie für Schwangerschaftsabbrüche

Bundeskonferenz in Flensburg: 400 Gleichstellungsbeauftragte fordern völlige Streichung des Paragraphen 218

Frank Jung

Flensburg Die Bundeskonferenz der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten in Deutschland fordert eine „neue Gesamtstrategie zum Schwangerschaftsabbruch“. Das hat Bundessprecherin Christel Steylaers zum Abschluss des zweitägigen, in Flensburg ausgerichteten Kongresses betont. Rund 50 Teilnehmerinnen waren physisch in der Fördestadt zusammengekommen; etwa 350 machten digital mit.

Zum einen verlangen die Gleichstellungsbeauftragten die vollständige Streichung des Paragraphen 218 aus dem Strafgesetzbuch. Zum anderen müsse der Schwangerschaftsabbruch „unbedingt in den Ausbildungskatalog“ des medizinischen Studiums aufgenommen werden, heißt es in dem entsprechenden, von der Bundeskonferenz beschlossenen Antrag. Dieser verweist darauf, dass die Versorgung abtreibungswilliger Frauen rückläufig sei: Seit 2003 sei die Zahl der dafür gemeldeten Stellen in Deutschland um mehr als 40 Prozent gesunken.

Femizid als neuer Straftatbestand

Aber auch für eine Neuaufnahme ins Strafgesetzbuch machen sich die gut 400 Akteure der Bundeskonferenz stark: So verlangen sie den „Femizid“ als eigenen Straftatbestand unter den Tötungsdelikten. „Dabei geht es um Morde, die nicht etwa beispielsweise aus Habgier, sondern wegen des weiblichen Geschlechts eines Opfers begangen werden“, erklärte Steylaers. Und auch das Grundgesetz möchten die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten anfassen: „Geschlechtergerechte Sprache“ wollen sie dort ebenso verankern wie eine Vorgabe, dass alle Bundesländer Gleichstellungsarbeit als Verfassungsauftrag anerkennen müssen.

Ein weiterer Appell der Konferenz gilt der Kostenübernahme von Verhütungsmitteln durch die Krankenkassen für sozial Bedürftige auch über 21 Jahren. Und für Personen, die in Notsituationen Dienstleistungen für den Haushalt benötigen, regt der Kongress nach belgischem Vorbild die Einführung zentraler Ressourcen und eines Gutscheinsystems an.

Geschlechtergerechte Digitalisierung

Schwerpunktthema der Bundeskonferenz waren Konsequenzen aus der Digitalisierung für die Gleichstellungsarbeit. In einer „Flensburger Erklärung“ sind die Positionen der Teilnehmerinnen dazu aufgelistet. Unter anderem beinhalten sie eine „eine faire Beteiligung und Partizipation“ von Frauen bei der Entwicklung von Technologien, die „Gestaltung einer geschlechtergerechten Arbeitswelt“ sowie der Schutz vor digitaler Gewalt und Diskriminierung. Zudem müsse verhindert werden, dass durch Homeoffice unbezahlte Sorgearbeit für das familiäre Umfeld einseitig zu Lasten von Frauen ausgedehnt werde.

Generell gelte: „Digitalisierung muss gestaltet werden und darf nicht einfach passieren“, betonte Verena Balve, die gastgebende Flensburger Gleichstellungsbeauftragte. Sie zeigt sich sicher: „Jede Kollegin nimmt aus der Flensburger Erklärung Anregungen nach Hause mit, um dort neue Impulse zu geben.“

31.08.2021 www.demo-online.de

https://www.demo-online.de/system/files/31.08.2021_flensburger_erklarung.pdf

Flensburger Erklärung: Gleichstellung digital – Grenzen überwinden – Horizonte erweitern

Die 26. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten greift das hochaktuelle Thema „Digitalisierung“ auf. Unsere Gesellschaft steht vor großen Veränderungsprozessen, die durch die Corona-Pandemie angetrieben wurde. Städte, Gemeinden und Landkreise müssen sich mehr denn je mit der Gestaltung von ...

31.08.2021 www.kompetenzz.de

<https://www.kompetenzz.de/aktuelles/bag-bundeskonferenz-session-gender-algorithmische-systeme>



Gleichstellung in der digitalen Transformation

„Gleichstellung digital: Grenzen überschreiten – Horizonte öffnen“ lautete das Thema der 26. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten, die vom 29. bis 31. August 2021 in Flensburg und digital stattfand.

Wie verändert sich die Arbeits- und Berufswelt durch die zunehmende Digitalisierung? Welchen Einfluss hat sie auf den Schutz der Persönlichkeitsrechte? Studien belegen, dass Frauen und Männer ganz unterschiedlich an einer immer stärker digitalisierten Welt partizipieren. Diese Entwicklungen haben einen großen Einfluss auf die Gleichstellungsarbeit vor Ort. Wie die Gleichstellungspolitik angesichts dieser Situation noch stärker strategisch ausgerichtet werden kann, auch unter Einbeziehung der Auswirkungen der Pandemie, war Thema der Bundeskonferenz, an der rund 500 Personen teilnahmen.

Romy Stühmeier und Britta Zachau von kompetenzz diskutierten in ihren Sessions mit den Teilnehmenden, welche Rolle Gleichstellungsbeauftragte bei der Entwicklung algorithmischer Systeme haben und wie diese so gestaltet werden können, dass sie Diskriminierung entgegenwirken. Nach einer Einfüh-

rung in grundlegende Begriffe und Konzepte wie „Algorithmus“, „Machine Learning“ und „Künstliche Intelligenz“ ging es zunächst um den „Digital Gender Gap“ und seine Folgen. In Gruppen arbeiteten die Teilnehmenden danach an einem fiktiven Szenario, bei dem es darum ging, in einer kommunalen Verwaltung ein Kompetenz-Management-System einzuführen und so zu gestalten, dass der Auswahlprozess für eine ausgeschriebene Stelle gerechter abläuft.

Es wurden unter anderem folgende Aspekte diskutiert:

- Nötig ist ein Bewusstsein für den eigenen „Unconscious Bias“
- Gleichstellungsbeauftragte sollten dort, wo sie im Analogen ihre Stimme erheben, es auch im Digitalen tun
- Die Verantwortung für diskriminierungsfreie Technologie darf aber nicht nur bei den Gleichstellungsbeauftragten liegen. Auch Entwickler*innen brauchen Diversity-Schulungen
- Die Rolle von Gleichstellungsbeauftragten liegt bei solchen Prozessen darin, die richtigen Fragen zu stellen und Überprüfungen einzufordern

www.26-bundeskonferenz-gleichstellung-digital.de

01.09.2021 **Stadt Pforzheim**

<https://www.pforzheim.de/stadt/aktuelles/pressemeldungen/s1/article/detail/News/26-bundeskonferenz-der-kommunalen-frauen-und-gleichstellungsbeauftragten-deutschlands-erfolgreich-zu-ende-gegangen.html>

26. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Deutschlands erfolgreich zu Ende gegangen

Gleichstellung digital: Grenzen überschreiten – Horizonte öffnen

Rund 400 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte aus ganz Deutschland haben sich virtuell in Foren, Vorträgen und Workshops zugeschaltet, um sich über Digitalisierung unter dem Aspekt der

Geschlechtergerechtigkeit auszutauschen. Mit dabei waren Susanne Brückner, Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Pforzheim und Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft kommunale Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte Baden-Württemberg. Weitere Themen der Konferenz waren die Arbeitssituation der Pflegebranche, Gewalt gegen Frauen, die Notwendigkeit kostenfreier Verhütungsmittel, die Abschaffung des § 218 und 219a StGB.

„Unser Ziel ist es, alle Menschen beim digitalen Wandel mitzunehmen. Wie wir die Digitalisierung so gestalten, dass Frauen und Männer gleiche Verwirklichungschancen haben, steht im Mittelpunkt des Dritten Gleichstellungsberichts der Bundesregierung. Der Bericht gibt uns wertvolle Impulse für unsere weitere Politik“, so Bundesfrauenministerin Christine Lambrecht. „Gleichstellung muss die Wechselwirkungen zwischen Geschlechterverhältnis und Digitalisierung berücksichtigen. Damit kann ein Beitrag zum Abbau struktureller Ungleichheiten, Geschlechtsstereotypen und Diskriminierungen geleistet werden“, ergänzte Brückner.

Der Handlungsbedarf ist groß, wie aktuelle Zahlen zeigen: Der Frauenanteil in der Digital- und Informatikbranche liegt bei lediglich 16 Prozent. Im Topmanagement sind Frauen in der Digitalbranche eine Seltenheit. Frauen und Männer weiten im Homeoffice ihre unbezahlte Sorgearbeit aus, allerdings Frauen stärker als Männer. Der Teilzeitanteil von Frauen in IT-Berufen liegt bei 19 Prozent, bei den Männern bei 5 Prozent. Nur ein Drittel aller Studienanfängerinnen und Studienanfänger in MINT-Fächern sind Frauen. Seit 20 Jahren hat sich der Frauenanteil in der Informatik nur um 5 Prozent auf 22 Prozent gesteigert. „Besonders bedrückend ist, dass 70 Prozent aller Frauen bereits Bedrohungen und Beleidigungen im Internet erlebt haben. Digitale Gewalt hat fatale Folgen“, erklärte Brückner, „so ziehen sich 19 Prozent aller Betroffenen nach dem Erlebten aus dem Diskurs zurück. Nur eine konsequente Gleichstellungspolitik auf allen staatlichen Ebenen kann hier Abhilfe schaffen“. Die Bundesregierung wird seitens der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten aufgefordert, die strukturelle Benachteiligung von Frauen abzubauen: Neue Gesetze zu Homeoffice und mobilem Arbeiten

müssen die Diskriminierungseffekte auf Frauen systematisch ausschließen, Frauen in MINT-Berufen gefördert, Zugänge zu Gründerinnenkapital erleichtert und Standards für die größtmögliche Selbstbestimmung über den wechselnden Arbeitsort festgelegt werden.

01.09.2021 Stadt Lünen

https://www.luenen.de/aktuelles/detailansicht/?tx_news_pi1%5Bnews%5D=2812&tx_news_pi1%5Bcontroller%5D=News&tx_news_pi1%5Baction%5D=detail&cHash=00b968ca9b8bb1f838bb0cfbac205958

Gleichstellung digital: Grenzen überschreiten – Horizonte öffnen

Erstellt von Pressestelle Stadt Lünen

Rund 400 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte aus ganz Deutschland schalteten sich bei der 26. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Deutschlands (29. bis 31. August) virtuell in Foren, Vorträge und Workshops zu, um sich über Digitalisierung unter dem Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit auszutauschen. Mit dabei war auch die Lüner Gleichstellungsbeauftragte Heike Tatsch, die an der digitalen Konferenz gemeinsam mit ihren Kolleginnen aus dem Kreis Unna teilnahm.



© Stadt Lünen; 26. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Deutschlands aus Flensburg erfolgreich zu Ende gegangen - mit dabei: die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Lünen Heike Tatsch

Weitere Themen der Konferenz waren die Arbeitssituation der Pflegebranche, Gewalt gegen Frauen, die Notwendigkeit kostenfreier Verhütungsmittel, die Abschaffung des § 218 und 219a StGB. „Unser Ziel ist es, alle Menschen beim digitalen Wandel mitzunehmen. Wie wir die Digitalisierung so gestalten, dass Frauen und Männer gleiche Verwirklichungschancen haben, steht im Mittelpunkt des Dritten Gleichstellungsberichts der Bundesregierung. Der Bericht gibt uns wertvolle Impulse für unsere weitere Politik“, so Bundesfrauenministerin Christine Lambrecht.

„Gleichstellung muss die Wechselwirkungen zwischen Geschlechterverhältnis und Digitalisierung berücksichtigen. Damit kann ein Beitrag zum Abbau struktureller Ungleichheiten, Geschlechtsstereotypen und Diskriminierungen geleistet werden“, sagt die Lüner Gleichstellungsbeauftragte Heike Tatsch.

Der Handlungsbedarf ist groß, wie aktuelle Zahlen zeigen:

- Der Frauenanteil in der Digital- und Informatikbranche liegt bei lediglich 16 Prozent. Im Topmanagement sind Frauen in der Digitalbranche eine Seltenheit. Der Gender Leadership Gap liegt hier bei 5:1.
- Homeoffice und Care: Frauen und Männer weiten im Homeoffice ihre unbezahlte Sorgearbeit aus, allerdings Frauen stärker als Männer.
- Der Teilzeitanteil von Frauen in IT-Berufen liegt bei 19 Prozent, bei den Männern bei 5 Prozent. (Durchschnitt bei anderen Berufen: Frauen bei 31 Prozent, Männer bei 8 Prozent).
- Nur ein Drittel aller Studienanfänger:innen in MINT-Fächern sind Frauen. Seit 20 Jahren hat sich der Frauenanteil in der Informatik nur um 5 Prozent auf 22 Prozent gesteigert.
- 70 Prozent aller Frauen im Internet haben bereits Bedrohungen und Beleidigungen erlebt. Digitale Gewalt hat fatale Folgen. 19 Prozent aller Betroffenen ziehen sich nach dem Erlebten aus dem Diskurs zurück.

Nur eine konsequente Gleichstellungspolitik auf allen staatlichen Ebenen kann hier Abhilfe schaffen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die strukturelle Benachteiligung von Frauen abzubauen: Neue Gesetze zu Homeoffice und mobilem Arbeiten müs-

sen die Diskriminierungseffekte auf Frauen systematisch ausschließen, Frauen in MINT-Berufen gefördert, Zugänge zu Gründerinnenkapital erleichtert und Standards für die größtmögliche Selbstbestimmung über den wechselnden Arbeitsort festgelegt werden.

Pflegekampagne – #wenn, dann jetzt

Mit der Kampagne www.pflegerebellion.de solidarisieren sich die kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten mit den Pflegekräften und fordern eine deutliche Aufwertung der Pflegeberufe. Die Digitalisierung muss für eine veränderte Bewertung und Ausgestaltung von Pflegeberufen genutzt werden z.B. durch die Umsetzung eines angemessenen gesetzlichen Mindestlohns und eine Tarifbindung in der Pflegebranche sowie verbesserte Qualifizierungs- und Aufstiegsmöglichkeiten.

Mehr Schutz vor geschlechtsbezogenem Hass im Netz

Im digitalen Raum besteht ein hohes Gefährdungspotential durch geschlechtsbezogene Gewalt und sexualisierte Belästigung. Die kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten fordern eine systematische Berücksichtigung des Themas digitale Gewalt in Digitalisierungsprozessen, mehr Schutz vor geschlechtsbezogener Gewalt im Netz durch die Förderung und den Ausbau zivilgesellschaftlicher Initiativen und Projekte zu diesem Thema und den Aufbau von Kompetenzen und nachhaltigen Strukturen bei Polizei-, Strafverfolgungs- und Ordnungsbehörden sowie der Justiz.

Flensburger Erklärung

Mit der (einstimmigen) Verabschiedung der Flensburger Erklärung am Dienstag, den 31.08.2021 stellen die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten fest: „Gleichstellungspolitik hat in den vergangenen Jahrzehnten in vielen Bereichen Fortschritte erzielt. Dazu beigetragen hat die engagierte Arbeit der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten und ihrer Netzwerkpartner:innen. Der digitale Wandel kann nur gelingen, wenn er gleichstellungsorientiert gestaltet wird. Die Arbeits- und Unternehmenskultur in der Digitalwirtschaft muss sich verändern: hin zu mehr Vielfalt. Unsere digitalen Weichen sind auf Zukunft und Wandel gestellt.“

Pressespiegel

26. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten

- *Quellen: Studie „Free to be online? Girls' and young women's experience of online harassment“ des Kinderhilfswerks Plan International; Gleichstellungsbericht der Bundesregierung 2021; Bundesverband der Schwangerschaftskonfliktberatung*
- *Informationen zur Konferenz: www.frauenbeauftragte.de*
- *Aktuelles zur Konferenz auf Twitter: [gleichberechtigt@BAGkommunal](https://twitter.com/gleichberechtigt@BAGkommunal) und [#digitalgleichstellen](https://twitter.com/digitalgleichstellen)*
- *Die Bundeskonferenz wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und dem Ministerium für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung sowie der Stadt Flensburg gefördert*

01.09.2021 SHE works!

<https://www.she-works.de/tag/flensburger-erklaerung/>

GLEICHSTELLUNG DIGITAL: GRENZEN ÜBERSCHREITEN – HORIZONTE ÖFFNEN



Unter dem Motto „Gleichstellung digital“ greift die 26. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten das hochaktuelle Thema Digitalisierung auf. Die Konferenz fand erstmalig als digitale Veranstaltung in Flensburg am 30.08.2021 und 31.08.2021 statt.

Rund 400 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte aus ganz Deutschland schalteten sich virtuell in Foren, Vorträge und Workshops zu, um sich über

Digitalisierung unter dem Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit auszutauschen. Weitere Themen der Konferenz waren die Arbeitssituation der Pflegebranche, Gewalt gegen Frauen, die Notwendigkeit kostenfreier Verhütungsmittel, die Abschaffung des § 218 und 219a StGB.

Bundesfrauenministerin Christine Lambrecht eröffnete die Konferenz mit einem Grußwort: „Wir wollen die Digitalisierung nutzen, um unsere Gesellschaft gerechter und moderner zu machen. Die Gleichstellung von Frauen und Männern wollen wir weiter voranbringen. Das betrifft viele Lebensbereiche, etwa die Erhöhung des Frauenanteils in Digitalberufen, das mobile Arbeiten oder die Bekämpfung von Diskriminierung und Frauenhass im Netz. Unser Ziel ist es, alle Menschen beim digitalen Wandel mitzunehmen. Wie wir die Digitalisierung so gestalten, dass Frauen und Männer gleiche Verwirklichungschancen haben, steht im Mittelpunkt des Dritten Gleichstellungsberichts der Bundesregierung. Der Bericht gibt uns wertvolle Impulse für unsere weitere Politik. Umso mehr freue ich mich, dass die Bundeskonferenz kommunaler Frauen- und Gleichstellungsbeauftragter diese Themen aufgreift. So können wir gemeinsam die digitalen Weichen stellen für eine zukunftsweisende Frauen- und Gleichstellungsarbeit in den Kommunen.“

JEDEN DRITTEN TAG – KEINE MEHR!

In Deutschland wird durchschnittlich jeden dritten Tag eine Frau durch ihren (Ex-)Partner getötet. Häufigstes Motiv ist dabei die Trennungsabsicht der Frau oder eine bereits erfolgte Trennung, welche der Ex-Partner nicht akzeptiert. Der Begriff „Femizid“ bezeichnet die Tötung von Frauen aufgrund ihres Geschlechts.

Die Bundesregierung hat im Januar 2018 die Istanbul-Konvention zum Schutz gegen Gewalt gegen Frauen ratifiziert. Bund, Länder und Kommunen sind verpflichtet, entsprechende Maßnahmen zur Gewaltprävention und zum Gewaltschutz umzusetzen. Wir fordern die Bundesregierung zu einer zeitnahen Anerkennung des Femizids als Straftatbestand im deutschen Strafrecht auf.

LEBENSGEFÄHRLICHE DATENLÜCKEN

Noch immer gibt es nicht nur einen Gender Pay Gap, sondern auch einen Gender Data Gap. Genderaspekte sind in allen wissenschaftlichen Disziplinen unverzichtbar. Ohne diese Daten und Erkenntnisse entstehenden Wissenslücken, die eine Diskriminierung von Frauen bedeuten und sich stark auf das Leben und die Gesundheit auswirken. Beispiele aus der Forschung zeigen, dass z.B. Autotests mit nur männlichen Dummies fatale Folgen haben. Laut Statistik haben Frauen ein um 47-prozentig erhöhtes Risiko bei einem Verkehrsunfall verletzt zu werden. Auch medizinische Forschung basiert oft nur auf Daten von Männern, dabei sind die Symptome bei Krankheiten je nach Geschlecht verschieden.

Wir fordern das Bundesministerium für Gesundheit auf, dass die geschlechtsspezifische Medizin Teil von Forschung, in Kliniken und Lehre werden muss – und das in allen medizinischen Disziplinen. Die Erhebung geschlechterspezifischer Daten ist für die Identifizierung von Gender Gaps unerlässlich.



150 JAHRE § 218 UND 219A STGB – WIR BRAUCHEN EINE ZEITGEMÄSSE REGELUNG IM SCHWANGERSCHAFTSKONFLIKTGESETZ

Die Regelung von Schwangerschaftsabbrüchen ist vor 150 Jahren im Strafgesetzbuch getroffen worden und stellt alle Abbrüche damit grundsätzlich unter

Strafe. Eine Straffreiheit gilt nur für bestimmte Ausnahmen. Wir fordern die Bundesregierung auf, §§ 218 und 219a StGB aus dem Strafgesetzbuch zu streichen und befürworten stattdessen eine zeitgemäße Regelung des Verfahrens im Schwangerschaftskonfliktgesetz.

Bereits heute ist die Versorgung von Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch durchführen lassen wollen, in Deutschland nicht mehr überall gewährleistet. Seit 2003 bis Anfang 2020 ging die Zahl der gemeldeten Stellen, die einen Abbruch durchführen, um fast 45 Prozent zurück. Auch Flensburg, ausrichtende Stadt der 26. Bundeskonferenz, ist von dieser Entwicklung betroffen. Mit einer öffentlichkeitswirksamen Aktion machten die Flensburger*innen am Montagabend auf die drohende Nichtversorgung von Frauen durch das künftige konfessionelle Zentralkrankenhaus in Flensburg aufmerksam. Mit Spruchbändern, die an der Reling eines Schiffes im Wind flatterten, taten sie ihre Forderungen kund: Der Bund und die Länder müssen ihrer Verpflichtung nachkommen und wirksame Strategien zur Sicherstellung qualitativ hochwertiger und flächendeckender Versorgungsangebote zur Vornahme von ambulanten und klinischen Schwangerschaftsabbrüchen in allen Städten und Kommunen schaffen.

FLENSBURGER ERKLÄRUNG

Mit der Verabschiedung der Flensburger Erklärung am Dienstag, dem 31.8.2021 fordern wir unter anderem: Eine faire Beteiligung und Partizipation der bestausgebildeten Frauengeneration bei der Entwicklung von Technologien, die Gestaltung einer geschlechtergerechten Arbeitswelt sowie den Schutz vor digitaler Gewalt und Diskriminierung. Um die Digitalisierung als Chance für die Gleichstellung zwischen den Geschlechtern zu nutzen, muss der Zugang zu relevanten Ressourcen und Kompetenzen sichergestellt werden.

Vorbilder und positive vielfältige Beispiele der Darstellung von Geschlecht, Geschlechterrollen, Körpern und Lebensentwürfen sollen gefördert und Medienbildung ausgebaut werden.

Gleichstellungspolitik hat in den vergangenen Jahrzehnten in vielen Bereichen Fortschritte erzielt. Dazu

beigetragen hat die engagierte Arbeit der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten und ihrer Netzwerkpartner*innen. Der digitale Wandel kann nur gelingen, wenn er gleichstellungsorientiert gestaltet wird. Die Arbeits- und Unternehmenskultur in der Digitalwirtschaft muss sich verändern: hin zu mehr Vielfalt. Unsere digitalen Weichen sind auf Zukunft und Wandel gestellt.

02.09.2021 Stadt Hattingen

https://www.hattingen.de/stadt_hattingen/Rathaus/Verwaltung/News/Nachrichten_2021/September_2021/Grenzen_überschreiten_-_Horizonte_öffnen/



GRENZEN ÜBERSCHREITEN – HORIZONTE ÖFFNEN BUNDESKONFERENZ DER GLEICHSTELLUNGSBEAUFTRAGTEN

Hattingen/EN-Kreis. Rund 400 Teilnehmerinnen aus ganz Deutschland waren bei der Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten in Flensburg dabei. Das Treffen fand erstmalig in Form einer Hybrid Veranstaltung statt. Die Teilnehmerinnen waren entweder direkt vor Ort oder sie schalteten sich virtuell in Foren, Vorträge und Workshops zu, um sich über Digitalisierung unter dem Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit auszutauschen. Aus dem Ennepe-Ruhr-Kreis haben vor Ort Cornelia Prill von der Stadt Witten, Christel Hofschroer von der Stadt Gevelsberg und Katrin

Brüninghold von der Stadt Hattingen teilgenommen.

Katrin Brüninghold ist auf der Konferenz zur Sprecherin der Bundesarbeitsgemeinschaft der Gleichstellungsbeauftragten gewählt worden. „Ich freue mich sehr darüber, dass Katrin Brüninghold dieses Vertrauen entgegengebracht wurde und eine Vertreterin der Stadt Hattingen in diesem bundesweit tätigen Gremium eine besondere Aufgabe übernommen hat. Eine weitreichende Vernetzung ist immer wertvoll und besonders intensiv, wenn sie mit Funktionen verknüpft ist“, so Hattingens Bürgermeister Dirk Glaser.

Themen der Bundeskonferenz waren neben der Digitalisierung auch die Arbeitssituation der Pflegebranche, Gewalt gegen Frauen, die Notwendigkeit kostenfreier Verhütungsmittel, die Abschaffung des § 218 und 219a StGB.

„Unser Ziel ist es, alle Menschen beim digitalen Wandel mitzunehmen. Wie wir die Digitalisierung so gestalten, dass Frauen und Männer gleiche Verwirklichungschancen haben, steht im Mittelpunkt des Dritten Gleichstellungsberichts der Bundesregierung. Der Bericht gibt uns wertvolle Impulse für unsere weitere Politik.“, so Bundesfrauenministerin Christine Lambrecht.

„Gleichstellung muss die Wechselwirkungen zwischen Geschlechterverhältnis und Digitalisierung berücksichtigen. Damit kann ein Beitrag zum Abbau struktureller Ungleichheiten, Geschlechtsstereotypen und Diskriminierungen geleistet werden“, sind sich die Gleichstellungsbeauftragten aus dem Ennepe-Ruhr-Kreis einig.

Der Handlungsbedarf ist groß, wie aktuelle Zahlen zeigen:

- Der Frauenanteil in der Digital- und Informatikbranche liegt bei lediglich 16 Prozent. Im Topmanagement sind Frauen in der Digitalbranche eine Seltenheit. Der Gender Leadership Gap liegt hier bei 5:1.
- Homeoffice und Care: Frauen und Männer weiten im Homeoffice ihre unbezahlte Sorgearbeit aus, allerdings Frauen stärker als Männer.

- Der Teilzeitanteil von Frauen in IT-Berufen liegt bei 19 Prozent, bei den Männern bei 5 Prozent. (Durchschnitt bei anderen Berufen: Frauen bei 31 Prozent, Männer bei 8 Prozent)
 - Nur ein Drittel aller Studienanfänger*innen in MINT-Fächern sind Frauen. Seit 20 Jahren hat sich der Frauenanteil in der Informatik nur um 5 Prozent auf 22 Prozent gesteigert.
 - 70 Prozent aller Frauen im Internet haben bereits Bedrohungen und Beleidigungen erlebt. Digitale Gewalt hat fatale Folgen. 19 Prozent aller Betroffenen ziehen sich nach dem Erlebten aus dem Diskurs zurück.
- Weitere Informationen zur Konferenz: www.frauenbeauftragte.de

02.09.2021 Echo vor Ort

<https://echo-vor-ort.de/2021/09/02/gleichstellung-digital-grenzen-ueberschreiten-horizonte-oeffnen/>

Grenzen überschreiten – Horizonte öffnen



26. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Deutschlands in Flensburg erfolgreich zu Ende gegangen

Joachim Georg, Redaktion

Mit dabei: Sandra Kronz und Karin Siegmann, kommunale Frauenbeauftragte aus Dreieich

Rund 400 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte aus ganz Deutschland schalteten sich am 30. und 31. August virtuell in Foren, Vorträge und Workshops zu, um sich über Digitalisierung unter dem Aspekt der

Geschlechtergerechtigkeit auszutauschen. Weitere Themen der Konferenz waren die Arbeitssituation der Pflegebranche, Gewalt gegen Frauen, die Notwendigkeit kostenfreier Verhütungsmittel, die Abschaffung des § 218 und 219a StGB.

„Unser Ziel ist es, alle Menschen beim digitalen Wandel mitzunehmen. Wie wir die Digitalisierung so gestalten, dass Frauen und Männer gleiche Verwirklichungschancen haben, steht im Mittelpunkt des Dritten Gleichstellungsberichts der Bundesregierung. Der Bericht gibt uns wertvolle Impulse für unsere weitere Politik.“, so Bundesfrauenministerin Christine Lambrecht.

„Gleichstellung muss die Wechselwirkungen zwischen Geschlechterverhältnis und Digitalisierung berücksichtigen. Damit kann ein Beitrag zum Abbau struktureller Ungleichheiten, Geschlechtsstereotypen und Diskriminierungen geleistet werden.“, sagt Sandra Kronz.

Der Handlungsbedarf ist groß, wie aktuelle Zahlen zeigen:

- Der Frauenanteil in der Digital- und Informatikbranche liegt bei lediglich 16 Prozent. Im Topmanagement sind Frauen in der Digitalbranche eine Seltenheit. Der Gender Leadership Gap liegt hier bei 5:1.
- Homeoffice und Care: Frauen und Männer weiten im Homeoffice ihre unbezahlte Sorgearbeit aus, allerdings Frauen stärker als Männer.
- Der Teilzeitanteil von Frauen in IT-Berufen liegt bei 19 Prozent, bei den Männern bei 5 Prozent. (Durchschnitt bei anderen Berufen: Frauen bei 31 Prozent, Männer bei 8 Prozent)
- Nur ein Drittel aller Studienanfänger*innen in MINT-Fächern sind Frauen. Seit 20 Jahren hat sich der Frauenanteil in der Informatik nur um 5 Prozent auf 22 Prozent gesteigert.
- 70 Prozent aller Frauen im Internet haben bereits Bedrohungen und Beleidigungen erlebt. Digitale Gewalt hat fatale Folgen. 19 Prozent aller Betroffenen ziehen sich nach dem Erlebten aus dem Diskurs zurück.

Nur eine konsequente Gleichstellungspolitik auf allen staatlichen Ebenen kann hier Abhilfe schaffen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die strukturelle Benachteiligung von Frauen abzubauen: Neue Gesetze zu Homeoffice und mobilem Arbeiten müssen die Diskriminierungseffekte auf Frauen systematisch ausschließen, Frauen in MINT-Berufen gefördert, Zugänge zu Gründerinnenkapital erleichtert und Standards für die größtmögliche Selbstbestimmung über den wechselnden Arbeitsort festgelegt werden.

Mehr Schutz vor geschlechtsbezogenem Hass im Netz Im digitalen Raum besteht ein hohes Gefährdungspotential durch geschlechtsbezogene Gewalt und sexualisierte Belästigung. Wir fordern eine systematische Berücksichtigung des Themas digitale Gewalt in Digitalisierungsprozessen, mehr Schutz vor geschlechtsbezogener Gewalt im Netz durch die Förderung und den Ausbau zivilgesellschaftlicher Initiativen und Projekte zu diesem Thema und den Aufbau von Kompetenzen und nachhaltigen Strukturen bei Polizei-, Strafverfolgungs- und Ordnungsbehörden sowie der Justiz.

Flensburger Erklärung Mit der (einstimmigen) Verabschiedung der Flensburger Erklärung am Dienstag, den 31.08.2021 stellen die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten fest: „Gleichstellungspolitik hat in den vergangenen Jahrzehnten in vielen Bereichen Fortschritte erzielt. Dazu beigetragen hat die engagierte Arbeit der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten und ihrer Netzwerkpartner*innen. Der digitale Wandel kann nur gelingen, wenn er gleichstellungsorientiert gestaltet wird. Die Arbeits- und Unternehmenskultur in der Digitalwirtschaft muss sich verändern: hin zu mehr Vielfalt. Unsere digitalen Weichen sind auf Zukunft und Wandel gestellt.“

- *Quellen: Studie „Free to be online? Girls' and young women's experience of inline harassment“ des Kinderhilfswerks Plan International; Gleichstellungsbericht der Bundesregierung 2021; Bundesverband der Schwangerschaftskonfliktberatung*
- *Informationen zur Konferenz: www.frauenbeauftragte.de*
- *Aktuelles zur Konferenz auf Twitter: [gleichberechtigt@BAGkommunal](https://twitter.com/gleichberechtigt@BAGkommunal) und [#digitalgleichstellen](https://twitter.com/digitalgleichstellen)*

- *Die Bundeskonferenz wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und dem Ministerium für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung sowie der Stadt Flensburg gefördert*
- *Quelle: Stadt Dreieich*

02.09.2021 Stadt Bergkamen

<https://www.bergkamen.de/rat-verwaltung-finanzen-stadtinfos/aktuelles/details/gleichstellung-digital-grenzen-ueberschreiten-horizonte-oeffnen/>

Gleichstellung digital: Grenzen überschreiten – Horizonte öffnen

26. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Deutschlands aus Flensburg erfolgreich zu Ende gegangen

Mit dabei: Martina Bierkämper, Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Bergkamen

Rund 400 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte aus ganz Deutschland schalteten sich virtuell in Foren, Vorträge und Workshops zu, um sich über Digitalisierung unter dem Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit auszutauschen. Weitere Themen der Konferenz waren die Arbeitssituation der Pflegebranche, Gewalt gegen Frauen, die Notwendigkeit kostenfreier Verhütungsmittel, die Abschaffung des § 218 und 219a StGB.

„Unser Ziel ist es, alle Menschen beim digitalen Wandel mitzunehmen. Wie wir die Digitalisierung so gestalten, dass Frauen und Männer gleiche Verwirklichungschancen haben, steht im Mittelpunkt des Dritten Gleichstellungsberichts der Bundesregierung. Der Bericht gibt uns wertvolle Impulse für unsere weitere Politik.“, so Bundesfrauenministerin Christine Lambrecht.

„Gleichstellung muss die Wechselwirkungen zwischen Geschlechterverhältnis und Digitalisierung berücksichtigen. Damit kann ein Beitrag zum Abbau struktureller Ungleichheiten, Geschlechtsstereotypen und Diskriminierungen geleistet werden.“, sagt

Martina Bierkämper, Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Bergkamen.

Der Handlungsbedarf ist groß, wie aktuelle Zahlen zeigen:

- Der Frauenanteil in der Digital- und Informatikbranche liegt bei lediglich 16 Prozent. Im Topmanagement sind Frauen in der Digitalbranche eine Seltenheit. Der Gender Leadership Gap liegt hier bei 5:1.
- Homeoffice und Care: Frauen und Männer weiten im Homeoffice ihre unbezahlte Sorgearbeit aus, allerdings Frauen stärker als Männer.
- Der Teilzeitanteil von Frauen in IT-Berufen liegt bei 19 Prozent, bei den Männern bei 5 Prozent. (Durchschnitt bei anderen Berufen: Frauen bei 31 Prozent, Männer bei 8 Prozent)
- Nur ein Drittel aller Studienanfänger*innen in MINT-Fächern sind Frauen. Seit 20 Jahren hat sich der Frauenanteil in der Informatik nur um 5 Prozent auf 22 Prozent gesteigert.
- 70 Prozent aller Frauen im Internet haben bereits Bedrohungen und Beleidigungen erlebt. Digitale Gewalt hat fatale Folgen. 19 Prozent aller Betroffenen ziehen sich nach dem Erlebten aus dem Diskurs zurück.

Nur eine konsequente Gleichstellungspolitik auf allen staatlichen Ebenen kann hier Abhilfe schaffen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die strukturelle Benachteiligung von Frauen abzubauen:

Neue Gesetze zu Homeoffice und mobilem Arbeiten müssen die Diskriminierungseffekte auf Frauen systematisch ausschließen, Frauen in MINT-Berufen gefördert, Zugänge zu Gründerinnenkapital erleichtert und Standards für die größtmögliche Selbstbestimmung über den wechselnden Arbeitsort festgelegt werden. Pflegekampagne – #wenn, dann jetzt Mit der Kampagne www.pflegerebellion.de solidarisieren wir uns mit den Pflegekräften und fordern eine deutliche Aufwertung der Pflegeberufe. Die Digitalisierung muss für eine veränderte Bewertung und Ausgestaltung von Pflegeberufen genutzt werden z.B. durch die Umsetzung eines angemessenen gesetzlichen Mindestlohns und eine Tarifbindung in

der Pflegebranche sowie verbesserte Qualifizierungs- und Aufstiegsmöglichkeiten.

Mehr Schutz vor geschlechtsbezogenem Hass im Netz

Im digitalen Raum besteht ein hohes Gefährdungspotential durch geschlechtsbezogene Gewalt und sexualisierte Belästigung. Wir fordern eine systematische Berücksichtigung des Themas digitale Gewalt in Digitalisierungsprozessen, mehr Schutz vor geschlechtsbezogener Gewalt im Netz durch die Förderung und den Ausbau zivilgesellschaftlicher Initiativen und Projekte zu diesem Thema und den Aufbau von Kompetenzen und nachhaltigen Strukturen bei Polizei-, Strafverfolgungs- und Ordnungsbehörden sowie der Justiz.

Flensburger Erklärung

Mit der (einstimmigen) Verabschiedung der Flensburger Erklärung am Dienstag, den 31.08.2021 stellen die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten fest: „Gleichstellungspolitik hat in den vergangenen Jahrzehnten in vielen Bereichen Fortschritte erzielt. Dazu beigetragen hat die engagierte Arbeit der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten und ihrer Netzwerkpartner*innen. Der digitale Wandel kann nur gelingen, wenn er gleichstellungsorientiert gestaltet wird. Die Arbeits- und Unternehmenskultur in der Digitalwirtschaft muss sich verändern: hin zu mehr Vielfalt. Unsere digitalen Weichen sind auf Zukunft und Wandel gestellt.“

- *Quellen: Studie „Free to be online? Girls’ and young women’s experience of inline harassment“ des Kinderhilfswerks Plan International; Gleichstellungsbericht der Bundesregierung 2021; Bundesverband der Schwangerschaftskonfliktberatung*
- *Informationen zur Konferenz: www.frauenbeauftragte.de*
- *Aktuelles zur Konferenz auf Twitter: [gleichberechtigt@BAGkommunal](https://twitter.com/gleichberechtigt@BAGkommunal) und [#digitalgleichstellen](https://twitter.com/digitalgleichstellen)*
- *Die Bundeskonferenz wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und dem Ministerium für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung sowie der Stadt Flensburg gefördert*

02.09.2021 Stadt Remscheid

<https://www.remscheid.de/presseinformationen/2021/gleichstellung-digital-grenzen-ueberschreiten-horizonte-oeffnen.php>

Gleichstellung digital: Grenzen überschreiten – Horizonte öffnen

26. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Deutschlands aus Flensburg erfolgreich zu Ende gegangen

Rund 400 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte aus ganz Deutschland schalteten sich virtuell in Foren, Vorträge und Workshops zu, um sich über Digitalisierung unter dem Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit auszutauschen. Weitere Themen der Konferenz waren die Arbeitssituation der Pflegebranche, Gewalt gegen Frauen, die Notwendigkeit kostenfreier Verhütungsmittel, die Abschaffung des § 218 und 219a StGB.

„Unser Ziel ist es, alle Menschen beim digitalen Wandel mitzunehmen. Wie wir die Digitalisierung so gestalten, dass Frauen und Männer gleiche Verwirklichungschancen haben, steht im Mittelpunkt des Dritten Gleichstellungsberichts der Bundesregierung. Der Bericht gibt uns wertvolle Impulse für unsere weitere Politik.“, so Bundesfrauenministerin Christine Lambrecht, die für ein Grußwort der Konferenz zugeschaltet war.

Gleichstellung muss die Wechselwirkungen zwischen Geschlechterverhältnis und Digitalisierung berücksichtigen.

Der Handlungsbedarf ist groß, wie aktuelle Zahlen zeigen:

- Der Frauenanteil in der Digital- und Informatikbranche liegt bei lediglich 16 Prozent. Im Topmanagement sind Frauen in der Digitalbranche eine Seltenheit. Der Gender Leadership Gap liegt hier bei 5:1.
- Homeoffice und Care: Frauen und Männer weiten im Homeoffice ihre unbezahlte Sorgearbeit aus, Frauen allerdings stärker als Männer.

- Der Teilzeitanteil von Frauen in IT-Berufen liegt bei 19 Prozent, bei den Männern bei 5 Prozent. (Durchschnitt bei anderen Berufen: Frauen bei 31 Prozent, Männer bei 8 Prozent)
- Nur ein Drittel aller Studienanfänger*innen in MINT-Fächern sind Frauen. Seit 20 Jahren hat sich der Frauenanteil in der Informatik nur um 5 Prozent auf 22 Prozent gesteigert.
- 70 Prozent aller Frauen im Internet haben bereits Bedrohungen und Beleidigungen erlebt. Digitale Gewalt hat fatale Folgen. 19 Prozent aller Betroffenen ziehen sich nach dem Erlebten aus dem Diskurs zurück.

Nur eine konsequente Gleichstellungspolitik auf allen staatlichen Ebenen kann hier Abhilfe schaffen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die strukturelle Benachteiligung von Frauen abzubauen: Neue Gesetze zu Homeoffice und mobilem Arbeiten müssen die Diskriminierungseffekte auf Frauen systematisch ausschließen und Frauen in MINT-Berufen gefördert werden.

Die Konferenz verabschiedete daher eine „Flensburger Erklärung“ zu einem geschlechtergerechten digitalen Wandel. (siehe PDF)



Zur Bundessprecherin wiedergewählt wurde die Remscheider Gleichstellungsbeauftragte Christel Steylaers

02.09.2021 Kreisverwaltung des Westerwaldkreises

<https://www.westerwaldkreis.de/pressemittelungen-detailansicht/gleichstellung-digital.html>

Die 26. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Deutschlands aus Flensburg ist erfolgreich zu Ende gegangen. Mit dabei war die Gleichstellungsbeauftragte des Westerwaldkreises Beate Ullwer.

Rund 400 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte aus ganz Deutschland schalteten sich virtuell in Foren, Vorträge und Workshops zu, um sich über Digitalisierung unter dem Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit auszutauschen. Weitere Themen der Konferenz waren die Arbeitssituation der Pflegebranche, Gewalt gegen Frauen, die Notwendigkeit kostenfreier Verhütungsmittel, die Abschaffung des § 218 und 219a StGB.

„Unser Ziel ist es, alle Menschen beim digitalen Wandel mitzunehmen. Wie wir die Digitalisierung so gestalten, dass Frauen und Männer gleiche Verwirklichungschancen haben, steht im Mittelpunkt des Dritten Gleichstellungsberichts der Bundesregierung. Der Bericht gibt uns wertvolle Impulse für unsere weitere Politik.“, so Bundesfrauenministerin Christine Lambrecht.

„Gleichstellung muss die Wechselwirkungen zwischen Geschlechterverhältnis und Digitalisierung berücksichtigen. Damit kann ein Beitrag zum Abbau struktureller Ungleichheiten, Geschlechtsstereotypen und Diskriminierungen geleistet werden.“, sagt Beate Ullwer.

Der Handlungsbedarf ist groß, wie aktuelle Zahlen zeigen:

- Der Frauenanteil in der Digital- und Informatikbranche liegt bei lediglich 16 Prozent. Im Topmanagement sind Frauen in der Digitalbranche eine Seltenheit. Der Gender Leadership Gap liegt hier bei 5:1.

- Homeoffice und Care: Frauen und Männer weiten im Homeoffice ihre unbezahlte Sorgearbeit aus, allerdings Frauen stärker als Männer.
- Der Teilzeitanteil von Frauen in IT-Berufen liegt bei 19 Prozent, bei den Männern bei 5 Prozent. (Durchschnitt bei anderen Berufen: Frauen bei 31 Prozent, Männer bei 8 Prozent)
- Nur ein Drittel aller Studienanfänger*innen in MINT-Fächern sind Frauen. Seit 20 Jahren hat sich der Frauenanteil in der Informatik nur um 5 Prozent auf 22 Prozent gesteigert. 70 Prozent aller Frauen im Internet haben bereits Bedrohungen und Beleidigungen erlebt. Digitale Gewalt hat fatale Folgen. 19 Prozent aller Betroffenen ziehen sich nach dem Erlebten aus dem Diskurs zurück.

Nur eine konsequente Gleichstellungspolitik auf allen staatlichen Ebenen kann hier Abhilfe schaffen: Die Bundesregierung wird aufgefordert, die strukturelle Benachteiligung von Frauen abzubauen. Neue Gesetze zu Homeoffice und mobilem Arbeiten müssen die Diskriminierungseffekte auf Frauen systematisch ausschließen, Frauen in MINT-Berufen gefördert, Zugänge zu Gründerinnenkapital erleichtert und Standards für die größtmögliche Selbstbestimmung über den wechselnden Arbeitsort festgelegt werden.

Pflegeskampagne #wenn, dann jetzt

Mit der Kampagne www.pflegerebellion.de solidarisieren wir uns mit den Pflegekräften und fordern eine deutliche Aufwertung der Pflegeberufe. Die Digitalisierung muss für eine veränderte Bewertung und Ausgestaltung von Pflegeberufen genutzt werden, z.B. durch die Umsetzung eines angemessenen gesetzlichen Mindestlohns und eine Tarifbindung in der Pflegebranche sowie verbesserte Qualifizierungs- und Aufstiegsmöglichkeiten.

Mehr Schutz vor geschlechtsbezogenem Hass im Netz

Im digitalen Raum besteht ein hohes Gefährdungspotential durch geschlechtsbezogene Gewalt und sexualisierte Belästigung. Wir fordern eine systematische Berücksichtigung des Themas digitale Gewalt in Digitalisierungsprozessen, mehr Schutz vor geschlechtsbezogener Gewalt im Netz durch die Förderung und den Ausbau zivilgesellschaftlicher

Initiativen und Projekte zu diesem Thema und den Aufbau von Kompetenzen und nachhaltigen Strukturen bei Polizei-, Strafverfolgungs- und Ordnungsbehörden sowie der Justiz.

Flensburger Erklärung

Mit der (einstimmigen) Verabschiedung der Flensburger Erklärung am Dienstag, den 31.08.2021 stellen die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten fest: „Gleichstellungspolitik hat in den vergangenen Jahrzehnten in vielen Bereichen Fortschritte erzielt. Dazu beigetragen hat die engagierte Arbeit der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten und ihrer Netzwerkpartnerinnen und -partner. Der digitale Wandel kann nur gelingen, wenn er gleichstellungsorientiert gestaltet wird. Die Arbeits- und Unternehmenskultur in der Digitalwirtschaft muss sich verändern: hin zu mehr Vielfalt. Unsere digitalen Weichen sind auf Zukunft und Wandel gestellt.“

02.09.2021 www.blick-aktuell.de

<https://www.blick-aktuell.de/Politik/Grenzen-ueberschreiten-Horizonte-oeffnen-483050.html>

Kreisverwaltung des Westerwaldkreises: Grenzen überschreiten – Horizonte öffnen Gleichstellung digital

Westerwaldkreis. Die 26. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Deutschlands aus Flensburg ist erfolgreich zu Ende gegangen. Mit dabei war die Gleichstellungsbeauftragte des Westerwaldkreises Beate Ullwer.

Rund 400 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte aus ganz Deutschland schalteten sich virtuell in Foren, Vorträge und Workshops zu, um sich über Digitalisierung unter dem Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit auszutauschen. Weitere Themen der Konferenz waren die Arbeitssituation der Pflegebranche, Gewalt gegen Frauen, die Notwendigkeit kostenfreier Verhütungsmittel, die Abschaffung des § 218 und 219a StGB.

„Unser Ziel ist es, alle Menschen beim digitalen Wandel mitzunehmen. Wie wir die Digitalisierung so gestalten, dass Frauen und Männer gleiche Verwirklichungschancen haben, steht im Mittelpunkt des Dritten Gleichstellungsberichts der Bundesregierung. Der Bericht gibt uns wertvolle Impulse für unsere weitere Politik.“, so Bundesfrauenministerin Christine Lambrecht.

„Gleichstellung muss die Wechselwirkungen zwischen Geschlechterverhältnis und Digitalisierung berücksichtigen. Damit kann ein Beitrag zum Abbau struktureller Ungleichheiten, Geschlechtsstereotypen und Diskriminierungen geleistet werden“, sagt Beate Ullwer.

Der Handlungsbedarf ist groß, wie aktuelle Zahlen zeigen:

- Der Frauenanteil in der Digital- und Informatikbranche liegt bei lediglich 16 Prozent. Im Topmanagement sind Frauen in der Digitalbranche eine Seltenheit. Der Gender Leadership Gap liegt hier bei 5:1.
- Homeoffice und Care: Frauen und Männer weiten im Homeoffice ihre unbezahlte Sorgearbeit aus, allerdings Frauen stärker als Männer.
- Der Teilzeitanteil von Frauen in IT-Berufen liegt bei 19 Prozent, bei den Männern bei 5 Prozent. (Durchschnitt bei anderen Berufen: Frauen bei 31 Prozent, Männer bei 8 Prozent)
- Nur ein Drittel aller Studienanfänger*innen in MINT-Fächern sind Frauen. Seit 20 Jahren hat sich der Frauenanteil in der Informatik nur um 5 Prozent auf 22 Prozent gesteigert. 70 Prozent aller Frauen im Internet haben bereits Bedrohungen und Beleidigungen erlebt. Digitale Gewalt hat fatale Folgen. 19 Prozent aller Betroffenen ziehen sich nach dem Erlebten aus dem Diskurs zurück.
- Nur eine konsequente Gleichstellungspolitik auf allen staatlichen Ebenen kann hier Abhilfe schaffen: Die Bundesregierung wird aufgefordert, die strukturelle Benachteiligung von Frauen abzubauen. Neue Gesetze zu Homeoffice und mobilem Arbeiten müssen die Diskriminierungseffekte auf Frauen systematisch ausschließen, Frauen in MINT-Berufen gefördert, Zugänge zu Gründerinnenkapital erleichtert und Standards für die größtmögliche Selbstbestimmung über den wechselnden Arbeitsort festgelegt werden.

Pflegekampagne – #wenn, dann jetzt

Mit der Kampagne www.pflegerebellion.de solidarisieren wir uns mit den Pflegekräften und fordern eine deutliche Aufwertung der Pflegeberufe. Die Digitalisierung muss für eine veränderte Bewertung und Ausgestaltung von Pflegeberufen genutzt werden, z.B. durch die Umsetzung eines angemessenen gesetzlichen Mindestlohns und eine Tarifbindung in der Pflegebranche sowie verbesserte Qualifizierungs- und Aufstiegsmöglichkeiten.

Mehr Schutz vor geschlechtsbezogenem Hass im Netz

Im digitalen Raum besteht ein hohes Gefährdungspotential durch geschlechtsbezogene Gewalt und sexualisierte Belästigung. Wir fordern eine systematische Berücksichtigung des Themas digitale Gewalt in Digitalisierungsprozessen, mehr Schutz vor geschlechtsbezogener Gewalt im Netz durch die Förderung und den Ausbau zivilgesellschaftlicher Initiativen und Projekte zu diesem Thema und den Aufbau von Kompetenzen und nachhaltigen Strukturen bei Polizei-, Strafverfolgungs- und Ordnungsbehörden sowie der Justiz.

Flensburger Erklärung

Mit der (einstimmigen) Verabschiedung der Flensburger Erklärung am Dienstag, 31. August stellen die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten fest: „Gleichstellungspolitik hat in den vergangenen Jahrzehnten in vielen Bereichen Fortschritte erzielt. Dazu beigetragen hat die engagierte Arbeit der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten und ihrer Netzwerkpartnerinnen und -partner. Der digitale Wandel kann nur gelingen, wenn er gleichstellungsorientiert gestaltet wird. Die Arbeits- und Unternehmenskultur in der Digitalwirtschaft muss sich verändern: hin zu mehr Vielfalt. Unsere digitalen Weichen sind auf Zukunft und Wandel gestellt.“

03.09.2021 Cityportal Bottrop

<https://www.wir-lieben-bottrop.de/2021/09/03/gleichstellung-digital/>

GLEICHSTELLUNG DIGITAL

Die 26. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Deutschlands aus Flensburg ist erfolgreich zu Ende gegangen

Text: Stadt Bottrop

Rund 400 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte aus ganz Deutschland besuchten die virtuelle Konferenz zum Thema „Digitalisierung unter dem Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit“. Weitere Themen waren die Situation der Arbeitskräfte in der Pflegebranche und Gewalt gegen Frauen.

„Unser Ziel ist es, alle Menschen beim digitalen Wandel mitzunehmen“, sagte Bundesfrauenministerin Christine Lambrecht in ihrer Eröffnungsrede zur Konferenz.

Flensburger Erklärung verabschiedet

Mit der Verabschiedung der Flensburger Erklärung am vergangenen Dienstag, den 31. August, stellen die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten aus dem Bundesgebiet fest: „Gleichstellungspolitik hat in den vergangenen Jahrzehnten in vielen Bereichen Fortschritte erzielt. Der digitale Wandel kann aber nur gelingen, wenn er auch gleichstellungsorientiert gestaltet wird.“

Die Bundesregierung wird mit der Flensburger Erklärung aufgefordert, die strukturelle Benachteiligung von Frauen abzubauen: Neue Gesetze zu Homeoffice und mobilem Arbeiten müssen die Diskriminierungseffekte auf Frauen systematisch ausschließen, Frauen in MINT-Berufen müssen gefördert, Zugänge zu Gründerinnenkapital erleichtert und Standards für die größtmögliche Selbstbestimmung über den wechselnden Arbeitsort festgelegt werden.

Die Gleichstellungsstelle der Stadt Bottrop hat ihr Stimmrecht bei der Antragsberatung genutzt und unterstützt die Forderungen aus der Flensburger

Erklärung: „Die Wechselwirkungen zwischen Geschlechterverhältnissen und Digitalisierung müssen berücksichtigt werden, um insbesondere strukturelle Ungleichheiten dauerhaft abzubauen. Im digitalen Raum besteht zudem ein hohes Gefährdungspotential durch geschlechtsbezogene Gewalt und Belästigung. Es braucht nachhaltige behördliche Strukturen, ergänzt durch eine dauerhafte Stärkung der Frauennotrufe, Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen“, so Tanja Jesenek-Förster und Susanne Lehmann.

„Pflegerbellion“

Die Gleichstellungsstelle der Stadt Bottrop unterstützt die Kampagne „Pflegerbellion“: „Wir solidarisieren uns mit den Pflegekräften und machen auf die Missstände in dieser Branche aufmerksam, damit sich an der aktuellen Situation endlich etwas ändert“
Weitere Informationen unter www.pflegerbellion.de

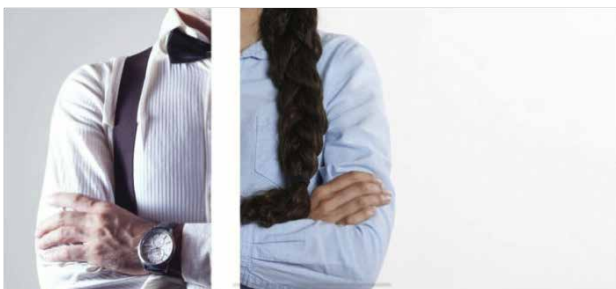
03.09.2021 Bottroper-zeitung.de

<https://bottroper-zeitung.de/gleichstellung-digital/>

Gleichstellung digital

Die 26. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Deutschlands aus Flensburg ist erfolgreich zu Ende gegangen

Von Tobias ten Hoopen



Rund 400 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte aus ganz Deutschland besuchten die virtuelle Konferenz zum Thema „Digitalisierung unter dem Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit“. Weitere Themen waren die Situation der Arbeitskräfte in der Pflegebranche und Gewalt gegen Frauen.

„Unser Ziel ist es, alle Menschen beim digitalen Wandel mitzunehmen“, sagte Bundesfrauenministerin Christine Lambrecht in ihrer Eröffnungsrede zur Konferenz.

Flensburger Erklärung verabschiedet

Mit der Verabschiedung der Flensburger Erklärung am vergangenen Dienstag, den 31. August, stellen die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten aus dem Bundesgebiet fest: „Gleichstellungspolitik hat in den vergangenen Jahrzehnten in vielen Bereichen Fortschritte erzielt. Der digitale Wandel kann aber nur gelingen, wenn er auch gleichstellungsorientiert gestaltet wird.“

Die Bundesregierung wird mit der Flensburger Erklärung aufgefordert, die strukturelle Benachteiligung von Frauen abzubauen: Neue Gesetze zu Homeoffice und mobilem Arbeiten müssen die Diskriminierungseffekte auf Frauen systematisch ausschließen, Frauen in MINT-Berufen müssen gefördert, Zugänge zu Gründerinnenkapital erleichtert und Standards für die größtmögliche Selbstbestimmung über den wechselnden Arbeitsort festgelegt werden.

Die Gleichstellungsstelle der Stadt Bottrop hat ihr Stimmrecht bei der Antragsberatung genutzt und unterstützt die Forderungen aus der Flensburger Erklärung: „Die Wechselwirkungen zwischen Geschlechterverhältnissen und Digitalisierung müssen berücksichtigt werden, um insbesondere strukturelle Ungleichheiten dauerhaft abzubauen. Im digitalen Raum besteht zudem ein hohes Gefährdungspotential durch geschlechtsbezogene Gewalt und Belästigung. Es braucht nachhaltige behördliche Strukturen, ergänzt durch eine dauerhafte Stärkung der Frauennotrufe, Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen“, so Tanja Jesenek-Förster und Susanne Lehmann.

„Pflegerbellion“

Die Gleichstellungsstelle der Stadt Bottrop unterstützt die Kampagne „Pflegerbellion“: „Wir solidarisieren uns mit den Pflegekräften und machen auf die Missstände in dieser Branche aufmerksam, damit sich an der aktuellen Situation endlich etwas ändert“. Weitere Informationen unter www.pflegerbellion.de

07.09.2021 borkenerzeitung.de

<https://www.borkenerzeitung.de/lokales/borken/Gleichstellung-digital-Grenzen-ueberschreiten-Horizonte-oeffnen-365961.html>

Gleichstellung digital: Grenzen überschreiten, Horizonte öffnen

Bundeskonferenz mit Beteiligung aus Bocholt, Borken, Reken, Rhede und Stadtlohn

von Borkener Zeitung / pd

Rund 400 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte aus Deutschland haben sich bei der 26. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Deutschlands virtuell in Foren, Vorträge und Workshops getroffen, um sich über Digitalisierung unter dem Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit auszutauschen. Auch Teilnehmerinnen aus Bocholt, Borken, Reken, Rhede und Stadtlohn waren dabei.



Foto: pd Diese Gleichstellungsbeauftragten nahmen an der Bundeskonferenz teil (von links.): Ute Schulte (Rhede), Cordula Mauritz (Stadtlohn), Astrid Schupp (Bocholt), Carina Sienert (Borken), Irmgard Paßerschroer (Kreis Borken), Sabine Rentmeister (Reken), Silke Nattefort (Borken) und Ursula Mußenbrock (Velen).

BORKEN. Weitere Themen waren die Arbeitssituation der Pflegebranche, Gewalt gegen Frauen, die Notwendigkeit kostenfreier Verhütungsmittel sowie die Abschaffung der Paragraphen 218 und 219a StGB.

„Gleichstellung muss die Wechselwirkungen zwischen Geschlechterverhältnis und Digitalisierung berücksichtigen. Damit kann ein Beitrag zum Abbau struktureller Ungleichheiten, Geschlechtsstereotypen und Diskriminierungen geleistet werden“, betont Carina Sienert, Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Borken.

Mehr Vielfalt

Mit der einstimmigen Verabschiedung der „Flensburger Erklärung“ stellen die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten fest: „Gleichstellungspolitik hat in den vergangenen Jahrzehnten in vielen Bereichen Fortschritte erzielt.“ Dazu beigetragen habe die Arbeit der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten und ihrer Netzwerkpartner.

Der digitale Wandel könne nur gelingen, wenn er gleichstellungsorientiert gestaltet wird. Die Arbeits- und Unternehmenskultur in der Digitalwirtschaft müsse sich verändern: hin zu mehr Vielfalt.

07.09.2021 Westdeutsche Zeitung

Gleichstellungsbeauftragte tauschen sich aus

Wie kann eine bessere Gleichstellung erreicht werden? Darüber tauschten sich rund 400 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte aus ganz Deutschland bei einer Online-Konferenz aus. Mit dabei war Roswitha Bocklage, Leiterin der Stabsstelle Gleichstellung und Antidiskriminierung der Stadt Wuppertal. Hauptthemen der Foren, Vorträge und Workshops war die Digitalisierung unter dem Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit. „Gleichstellung muss die Wechselwirkungen zwischen Geschlechterverhältnis und Digitalisierung berücksichtigen“, sagt Bocklage. „Damit kann ein Beitrag zum Abbau struktureller Ungleichheiten, Geschlechtsstereotypen und Diskriminierungen geleistet werden.“ Weitere Themen der Konferenz waren die Arbeitssituation der Pflegebranche, Gewalt gegen Frauen, die Notwendigkeit kostenfreier Verhütungsmittel, und die Abschaffung der Paragraphen 218 und 219a StGB zu Schwangerschaftsabbrüchen. Die Frauen- und Gleichstellungs-

beauftragten verabschiedeten einstimmig die Flensburger Erklärung, in der sie mehr Vielfalt in Arbeits- und Unternehmenskultur fordern: „Der digitale Wandel kann nur gelingen, wenn er gleichstellungsorientiert gestaltet wird.“ Gleichstellungspolitik habe in den vergangenen Jahren in vielen Bereichen Fortschritte erzielt, der Handlungsbedarf sei jedoch noch groß. „Unser Ziel ist es, alle Menschen beim digitalen Wandel mitzunehmen“, sagt Bundesfrauenministerin Christine Lambrecht. Das Ministerium förderte die Konferenz. Im Bereich der Digitalisierung müssen Frauen und Männer gleiche Verwirklichungschancen haben.

Red

07.09.2021 Stadt Emsdetten

<https://www.emsdetten.de/rathaus-politik-buergerservice/neuigkeiten/gsb/2021/gleichstellung-digital-grenzen-ueberschreiten-horizonte-oeffnen/>



DIGITALISIERUNG

Gleichstellung digital: Grenzen überschreiten – Horizonte öffnen

Vom 29. bis zum 31. August 2021 hat die 26. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten stattgefunden. Rund 400 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte aus ganz Deutschland konnten sich in Online-Vorträgen über geschlechtergerechte Digitalisierung informieren.

Die Möglichkeit des Austausches war in Foren zu verschiedenen Themen, zum Beispiel zur Istanbul-Konvention oder zu den Folgen der Corona-Pandemie, gegeben. Viele Zahlen verdeutlichen, wie eng die beiden Themen Gleichstellung und Digitalisierung miteinander verknüpft sind und wie groß der Handlungsbedarf in den Bereichen ist:

- Der Frauenanteil in der Digital- und Informatikbranche liegt bei lediglich 16%
- Der Teilzeitanteil von Frauen in IT-Berufen liegt bei 19%, der Teilzeitanteil von Männern bei 5%
- Nur 1/3 der Studienanfängerinnen in MINT-Fächern sind Frauen
- 70% aller Frauen haben im Internet bereits Bedrohungen und Beleidigungen erlebt.

Folgende Forderungen wurden zu diesen und anderen Themen formuliert:

- Der digitale Wandel muss geschlechtergerecht gestaltet werden
- Wir benötigen zeitgemäße Regelungen zum Schwangerschaftsabbruch
- Geschlechtsspezifische Datenlücken müssen geschlossen werden
- Femizid muss als Straftat eingestuft werden
- Die Pflegeberufe müssen deutlich aufgewertet werden
- Wir benötigen Schutz vor geschlechtsbezogenem Hass im Internet

Es gibt also viel zu tun und nur eine konsequente Gleichstellungspolitik auf allen Ebenen kann hier Abhilfe schaffen!

07.09.2021 Landkreis Südliche Weinstraße

https://www.suedliche-weinstrasse.de/de/aktuelles/presse-meldungen/2021_550.php

SÜW-Gleichstellungsbeauftragte berichtet von Bundeskonferenz zum Thema „Gleichstellung digital“

Die 26. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Deutschlands aus Flensburg ist nun zu Ende gegangen. Rund 400 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte aus ganz Deutschland haben sich virtuell in Foren, Vorträge und Workshops zusammengeschaltet, um sich über Digitalisierung unter dem Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit auszutauschen. Dabei war auch Isabelle Stähle, Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises Südliche Weinstraße.

Weitere Themen der Konferenz waren die Arbeitssituation in der Pflegebranche, Gewalt gegen Frauen, die Notwendigkeit kostenfreier Verhütungsmittel oder die Abschaffung des § 218 und 219a StGB.

Isabelle Stähle berichtet von einer beeindruckenden Konferenz, die zahlreiche Impulse für die Arbeit an der Südlichen Weinstraße gegeben habe. „Zwischen Geschlechterverhältnissen und Digitalisierung gibt es starke Wechselwirkungen. Es lohnt sich, die Zusammenhänge in den Blick zu nehmen, um Verbesserungen zu erreichen“, so Stähle. Sie gibt Beispiele: „Der Frauenanteil in der Digital- und Informatikbranche liegt bei lediglich 16 Prozent. Auch bei Thema Homeoffice zeigt sich eine Geschlechterungleichheit, denn Frauen weiten im Homeoffice statistisch gesehen die unbezahlte Sorgearbeit stärker aus als Männer. Außerdem haben erschreckende 70 Prozent aller Frauen im Internet bereits Bedrohungen und Beleidigungen erlebt. Und diese digitale Gewalt hat fatale Folgen. 19 Prozent aller Betroffenen ziehen sich nach dem Erlebten aus dem Diskurs zurück.“

Auf der Konferenz arbeiteten die Beauftragten an Lösungen, Forderungen an die Bundespolitik und gemeinsamen Positionen. Mit der einstimmig verabschiedeten sogenannte Flensburger Erklärung stellen die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten unter anderem fest: „Gleichstellungspolitik hat in den vergangenen Jahrzehnten in vielen Bereichen Fortschritte erzielt. Dazu beigetragen hat die engagierte Arbeit der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten und ihrer Netzwerkpartner und Netzwerkpartnerinnen. Der digitale Wandel kann nur gelingen, wenn er gleichstellungsorientiert gestaltet wird. Die Arbeits- und Unternehmenskultur in der Digitalwirtschaft muss sich verändern: hin zu mehr Vielfalt. Unsere digitalen Weichen sind auf Zukunft und Wandel gestellt.“

Die Bundeskonferenz wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und dem Ministerium für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung, sowie der Stadt Flensburg gefördert.

08.09.2021 werne-plus.de

<https://werne-plus.de/gesellschaftlich/2021/gleichstellung-digital-grenzen-ueberschreiten-horizonte-oeffnen/>

Gleichstellung digital: Grenzen überschreiten – Horizonte öffnen

Von Gaby Brüggemann



Monika Eichmanns, Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Werne. Foto: Photographie Susanne Kästner

Werne. Rund 400 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte aus ganz Deutschland schalteten sich bei der 26. Bundeskonferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Deutschlands (29. bis 31. August) virtuell in Foren, Vorträgen und Workshops zu, um sich über Digitalisierung unter den Aspekten der Geschlechtergerechtigkeit auszutauschen. Mit dabei waren auch die Werner Gleichstellungsbeauftragte Monika Eichmanns und ihre Kolleginnen aus dem Kreis Unna.

Themen der Konferenz waren die Arbeitssituation der Pflegebranche, Gewalt gegen Frauen, die Notwendigkeit kostenloser Verhütungsmittel, die Abschaffung des Paragraph 218 und Paragraph 219a Strafgesetzbuch (StGB). „Unser Ziel ist es, alle Menschen beim digitalen Wandel mitzunehmen. Wie wir die Digitalisierung so gestalten, dass Frauen und Männer gleiche Verwirklichungschancen haben, steht im Mittelpunkt des dritten Gleichstellungsberichts der Bundesregierung. Der Bericht gibt uns wertvolle Impulse für unsere weitere Politik“, so Bundesfrauenministerin Christine Lambrecht.

„Gleichstellung muss die Wechselwirkung zwischen Geschlechterverhältnis und Digitalisierung berücksichtigen. Damit kann ein Abbau struktureller Ungleichheiten, Geschlechtsstereotypen und Diskriminierung geleistet werden“, sagt Monika Eichmanns.

Der Handlungsbedarf ist groß, wie die aktuellen Zahlen zeigen: So liegt der Frauenanteil in der Digital- und Informatikbranche bei lediglich 16 Prozent. Im Topmanagement sind Frauen in der Digitalbranche demnach eine Seltenheit. Der Gender Leadership Gap (Indikator, der den Chancennachteil misst) liegt hier bei 5:1. In Homeoffice und Pflege hatten sowohl Frauen als auch Männer im Homeoffice ihre unbezahlte Sorgearbeit ausgeweitet, allerdings Frauen stärker als Männer.

Bei der Teilzeitarbeit liegt der Anteil von Frauen in IT-Berufen bei 19 Prozent, bei den Männern bei 5 Prozent. (Durchschnitt in anderen Berufen: Frauen 31 Prozent, Männer 8 Prozent). Nur ein Drittel aller Studienanfänger/innen in MINT-Fächern sind Frauen. Seit 20 Jahren hat sich der Frauenanteil in

der Informatik nur um 5 Prozent auf 22 Prozent gesteigert. 70 Prozent aller Frauen haben im Internet bereits Bedrohung und Beleidigungen erlebt. Digitale Gewalt hat fatale Folgen. 19 Prozent aller Betroffenen ziehen sich nach dem Erlebten aus dem Diskurs zurück.

„Nur eine konsequente Gleichstellungspolitik auf allen staatlichen Ebenen kann hier Abhilfe schaffen“, lautet deshalb die Forderung der Frauen und Gleichstellungsbeauftragten. Die Bundesregierung wird folglich aufgefordert, die strukturelle Benachteiligung von Frauen abzubauen: „Neue Gesetze zum Homeoffice und zum mobilen Arbeiten müssen die Diskriminierungseffekte auf Frauen systematisch ausschließen, Frauen in MINT-Berufen gefördert, Zugänge zum Gründerinnenkapital erleichtert und Standards für die größtmögliche Selbstbestimmung über den wechselnden Arbeitsort festgelegt werden.“

Pflegekampagne – #wenn, dann jetzt – Mit der Kampagne www.pflegerebellion.de solidarisieren sich die kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten mit den Pflegekräften und fordern eine deutliche Aufwertung der Pflegeberufe. Die Digitalisierung müsse für eine veränderte Bewertung und Ausgestaltung von Pflegeberufen genutzt werden. Dazu zähle zum Beispiel die Umsetzung eines angemessenen gesetzlichen Mindestlohns, eine Tarifbindung in der Pflegebranche sowie verbesserte Qualifizierungs- und Aufstiegsmöglichkeiten, lautet der Anspruch.

Mehr Schutz vor geschlechtsbezogenem Hass im Netz – Im digitalen Raum bestehe ein hohes Gefährdungspotential durch geschlechtsbezogene Gewalt und sexualisierte Belästigung. Die Frauenbeauftragten fordern daher eine systematische Berücksichtigung des Themas der digitalen Gewalt in Digitalisierungsprozessen. Sie setzen sich für mehr Schutz vor geschlechtsbezogener Gewalt im Netz durch die Förderung und den Ausbau zivilgesellschaftlicher Initiativen und Projekte ein. Auch der Aufbau von Kompetenzen und nachhaltigen Strukturen bei Polizei, Strafverfolgungs- und Ordnungsbehörden sowie der Justiz gehörten dazu.

Flensburger Erklärung – „Gleichstellungspolitik hat in den vergangenen Jahrzehnten in vielen Bereichen Fortschritte erzielt. Dazu beigetragen hat die engagierte Arbeit der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten und ihrer Netzwerkpartner*innen. Der digitale Wandel kann nur gelingen, wenn er gleichstellungsorientiert gestaltet wird. Die Arbeits- und Unternehmenskultur in der Digitalwirtschaft muss sich verändern: hin zu mehr Vielfalt. Unsere digitalen Weichen sind auf Zukunft und Wandel gestellt.“

08.09.2021 Kreis Schleswig-Flensburg

<https://www.schleswig-flensburg.de/Kurzmen%C3%BC/Startseite/Flensburger-Erkl%C3%A4rung-Gleichstellung-digital-Grenzen-%C3%BCberwinden-Horizonte-erweitern.php>

Gleichstellung digital: Grenzen überwinden – Horizonte erweitern

26. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Deutschlands aus Flensburg erfolgreich zu Ende gegangen

Mit dabei: Corinna Philippsen, Gleichstellungsbeauftragte des Kreises

Rund 400 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte aus ganz Deutschland schalteten sich virtuell in Foren, Vorträge und Workshops zu, um sich über Digitalisierung unter dem Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit auszutauschen. Weitere Themen der Konferenz waren die Arbeitssituation der Pflegebranche, Gewalt gegen Frauen, die Notwendigkeit kostenfreier Verhütungsmittel, die Abschaffung des § 218 und 219a StGB.

„Unser Ziel ist es, alle Menschen beim digitalen Wandel mitzunehmen. Wie wir die Digitalisierung so gestalten, dass Frauen und Männer gleiche Verwirklichungschancen haben, steht im Mittelpunkt des Dritten Gleichstellungsberichts der Bundesregierung. Der Bericht gibt uns wertvolle Impulse für unsere weitere Politik.“, so Bundesfrauenministerin Christine Lambrecht.

„Gleichstellung muss die Wechselwirkungen zwischen Geschlechterverhältnis und Digitalisierung berücksichtigen. Damit kann ein Beitrag zum Abbau struktureller Ungleichheiten, Geschlechtsstereotypen und Diskriminierungen geleistet werden.“, sagt Gleichstellungsbeauftragte Corinna Philippsen.

Der Handlungsbedarf ist groß, wie aktuelle Zahlen zeigen:

- Der Frauenanteil in der Digital- und Informatikbranche liegt bei lediglich 16 Prozent. Im Topmanagement sind Frauen in der Digitalbranche eine Seltenheit. Der Gender Leadership Gap liegt hier bei 5:1.
- Homeoffice und Care: Frauen und Männer weiten im Homeoffice ihre unbezahlte Sorgearbeit aus, allerdings Frauen stärker als Männer.
- Der Teilzeitanteil von Frauen in IT-Berufen liegt bei 19 Prozent, bei den Männern bei 5 Prozent. (Durchschnitt bei anderen Berufen: Frauen bei 31 Prozent, Männer bei 8 Prozent)
- Nur ein Drittel aller Studienanfänger*innen in MINT-Fächern sind Frauen. Seit 20 Jahren hat sich der Frauenanteil in der Informatik nur um 5 Prozent auf 22 Prozent gesteigert.
- 70 Prozent aller Frauen im Internet haben bereits Bedrohungen und Beleidigungen erlebt. Digitale Gewalt hat fatale Folgen. 19 Prozent aller Betroffenen ziehen sich nach dem Erlebten aus dem Diskurs zurück.

Nur eine konsequente Gleichstellungspolitik auf allen staatlichen Ebenen kann hier Abhilfe schaffen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die strukturelle Benachteiligung von Frauen abzubauen: Neue Gesetze zu Homeoffice und mobilem Arbeiten müssen die Diskriminierungseffekte auf Frauen systematisch ausschließen, Frauen in MINT-Berufen gefördert, Zugänge zu Gründerinnenkapital erleichtert und Standards für die größtmögliche Selbstbestimmung über den wechselnden Arbeitsort festgelegt werden.

Pflegekampagne – #wenn, dann jetzt

Mit der Kampagne www.pflegerebellion.de solidarisieren wir uns mit den Pflegekräften und fordern eine deutliche Aufwertung der Pflegeberufe. Die

Digitalisierung muss für eine veränderte Bewertung und Ausgestaltung von Pflegeberufen genutzt werden z.B. durch die Umsetzung eines angemessenen gesetzlichen Mindestlohns und eine Tarifbindung in der Pflegebranche sowie verbesserte Qualifizierungs- und Aufstiegsmöglichkeiten.

Mehr Schutz vor geschlechtsbezogenem Hass im Netz

Im digitalen Raum besteht ein hohes Gefährdungspotential durch geschlechtsbezogene Gewalt und sexualisierte Belästigung. Wir fordern eine systematische Berücksichtigung des Themas digitale Gewalt in Digitalisierungsprozessen, mehr Schutz vor geschlechtsbezogener Gewalt im Netz durch die Förderung und den Ausbau zivilgesellschaftlicher Initiativen und Projekte zu diesem Thema und den Aufbau von Kompetenzen und nachhaltigen Strukturen bei Polizei-, Strafverfolgungs- und Ordnungsbehörden sowie der Justiz.

Flensburger Erklärung

Mit der (einstimmigen) Verabschiedung der Flensburger Erklärung am Dienstag, den 31.08.2021 stellen die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten fest: „Gleichstellungspolitik hat in den vergangenen Jahrzehnten in vielen Bereichen Fortschritte erzielt. Dazu beigetragen hat die engagierte Arbeit der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten und ihrer Netzwerkpartner*innen. Der digitale Wandel kann nur gelingen, wenn er gleichstellungsorientiert gestaltet wird. Die Arbeits- und Unternehmenskultur in der Digitalwirtschaft muss sich verändern: hin zu mehr Vielfalt. Unsere digitalen Weichen sind auf Zukunft und Wandel gestellt.“

Hier geht es zur Flensburger Erklärung

https://docreader.readspeaker.com/docreader/?cid=byihe&lang=de_de&url=https://www.schleswig-flensburg.de/output/download.php?fid=3333.2474.1.PDF

- *Quellen: Studie: „Free to be online? Girls' and young women's experience of inline harassment“ des Kinderhilfswerks Plan International; Gleichstellungsbericht der Bundesregierung 2021; Bundesverband der Schwangerschaftskonfliktberatung*

- *Informationen zur Konferenz: www.frauenbeauftragte.de*
- *Aktuelles zur Konferenz auf Twitter: [gleichberechtigt@BAGkommunal](https://twitter.com/gleichberechtigt@BAGkommunal) und [#digitalgleichstellen](https://twitter.com/digitalgleichstellen)*

Die Bundeskonferenz wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und dem Ministerium für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung, sowie der Stadt Flensburg gefördert.

09.09.2021 Westpfalz

<https://www.frauenstaerken-westpfalz.de/2021/09/09/gleichstellung-digital-grenzen-ueberschreiten-horizonte-oeffnen/>

Gleichstellung digital: Grenzen überschreiten – Horizonte öffnen

26. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Deutschlands aus Flensburg erfolgreich zu Ende gegangen

Mit dabei: die Gleichstellungsbeauftragten der Westpfalz

Rund 400 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte aus ganz Deutschland schalteten sich virtuell in Foren, Vorträge und Workshops zu, um sich über Digitalisierung unter dem Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit auszutauschen. Weitere Themen der Konferenz waren die Arbeitssituation der Pflegebranche, Gewalt gegen Frauen, die Notwendigkeit kostenfreier Verhütungsmittel, die Abschaffung des § 218 und 219a StGB.

„Unser Ziel ist es, alle Menschen beim digitalen Wandel mitzunehmen. Wie wir die Digitalisierung so gestalten, dass Frauen und Männer gleiche Verwirklichungschancen haben, steht im Mittelpunkt des Dritten Gleichstellungsberichts der Bundesregierung. Der Bericht gibt uns wertvolle Impulse für unsere weitere Politik.“, so Bundesfrauenministerin Christine Lambrecht.

„Gleichstellung muss die Wechselwirkungen zwischen Geschlechterverhältnis und Digitalisierung

berücksichtigen. Damit kann ein Beitrag zum Abbau struktureller Ungleichheiten, Geschlechtsstereotypen und Diskriminierungen geleistet werden.“, sagt die Vertreterin der Gleichstellungsstelle.

Der Handlungsbedarf ist groß, wie aktuelle

Zahlen zeigen:

- Der Frauenanteil in der Digital- und Informatikbranche liegt bei lediglich 16 Prozent. Im Topmanagement sind Frauen in der Digitalbranche eine Seltenheit. Der Gender Leadership Gap liegt hier bei 5:1.
- Homeoffice und Care: Frauen und Männer weiten im Homeoffice ihre unbezahlte Sorgearbeit aus, allerdings Frauen stärker als Männer.
- Der Teilzeitanteil von Frauen in IT-Berufen liegt bei 19 Prozent, bei den Männern bei 5 Prozent. (Durchschnitt bei anderen Berufen: Frauen bei 31 Prozent, Männer bei 8 Prozent)
- Nur ein Drittel aller Studienanfänger*innen in MINT-Fächern sind Frauen. Seit 20 Jahren hat sich der Frauenanteil in der Informatik nur um 5 Prozent auf 22 Prozent gesteigert.
- 70 Prozent aller Frauen im Internet haben bereits Bedrohungen und Beleidigungen erlebt. Digitale Gewalt hat fatale Folgen. 19 Prozent aller Betroffenen ziehen sich nach dem Erlebten aus dem Diskurs zurück.

Nur eine konsequente Gleichstellungspolitik auf allen staatlichen Ebenen kann hier Abhilfe schaffen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die strukturelle Benachteiligung von Frauen abzubauen: Neue Gesetze zu Homeoffice und mobilem Arbeiten müssen die Diskriminierungseffekte auf Frauen systematisch ausschließen, Frauen in MINT-Berufen gefördert, Zugänge zu Gründerinnenkapital erleichtert und Standards für die größtmögliche Selbstbestimmung über den wechselnden Arbeitsort festgelegt werden.

Pflegekampagne – #wenn, dann jetzt

Mit der Kampagne www.pflegerebellion.de solidarisieren wir uns mit den Pflegekräften und fordern eine deutliche Aufwertung der Pflegeberufe. Die Digitalisierung muss für eine veränderte Bewertung und Ausgestaltung von Pflegeberufen genutzt werden z.B. durch die Umsetzung eines angemessenen

gesetzlichen Mindestlohns und eine Tarifbindung in der Pflegebranche sowie verbesserte Qualifizierungs- und Aufstiegsmöglichkeiten.

Mehr Schutz vor geschlechtsbezogenem Hass im Netz

Im digitalen Raum besteht ein hohes Gefährdungspotential durch geschlechtsbezogene Gewalt und sexualisierte Belästigung. Wir fordern eine systematische Berücksichtigung des Themas digitale Gewalt in Digitalisierungsprozessen, mehr Schutz vor geschlechtsbezogener Gewalt im Netz durch die Förderung und den Ausbau zivilgesellschaftlicher Initiativen und Projekte zu diesem Thema und den Aufbau von Kompetenzen und nachhaltigen Strukturen bei Polizei-, Strafverfolgungs- und Ordnungsbehörden sowie der Justiz.

Flensburger Erklärung

Mit der (einstimmigen) Verabschiedung der Flensburger Erklärung am Dienstag, den 31.08.2021 stellen die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten fest: „Gleichstellungspolitik hat in den vergangenen Jahrzehnten in vielen Bereichen Fortschritte erzielt. Dazu beigetragen hat die engagierte Arbeit der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten und ihrer Netzwerkpartner*innen. Der digitale Wandel kann nur gelingen, wenn er gleichstellungsorientiert gestaltet wird. Die Arbeits- und Unternehmenskultur in der Digitalwirtschaft muss sich verändern: hin zu mehr Vielfalt. Unsere digitalen Weichen sind auf Zukunft und Wandel gestellt.“

- *Quellen: Studie: „Free to be online? Girls’ and young women’s experience of inline harassment“ des Kinderhilfswerks Plan International; Gleichstellungsbericht der Bundesregierung 2021; Bundesverband der Schwangerschaftskonfliktberatung*
- *Informationen zur Konferenz: www.frauenbeauftragte.de*
- *Aktuelles zur Konferenz auf Twitter: [gleichberechtigt@BAGkommunal](https://twitter.com/gleichberechtigt@BAGkommunal) und [#digitalgleichstellen](https://twitter.com/digitalgleichstellen)*

Die Bundeskonferenz wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und dem Ministerium für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung, sowie der Stadt Flensburg gefördert.

10.09.2021 Pressemitteilung Stadt Trier

Trierer Frauenbeauftragte zu einer Sprecherin von Bundesarbeitsgemeinschaft gewählt

(pe) Bei der 26. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten, die unter dem Motto „Gleichstellung digital“ erstmals online stattfand, wurde die Trierer Frauenbeauftragte Angelika Winter (Foto: privat) als eine von acht neuen Bundessprecherinnen gewählt. OB Wolfram Leibe: „Frau Winter ist seit mehr als 14 Jahren kommunale Frauenbeauftragte der Stadt Trier und hat sich ein breites Know-how angeeignet. Jetzt ist die richtige Zeit, dieses wertvolle Wissen auch auf der Bundesebene im Sinne einer zukunftsorientierten Gleichstellungspolitik einzubringen. Ich gratuliere ihr ganz herzlich zur Wahl als Bundessprecherin und wünsche ihr viel Erfolg.“ Fünf Bundessprecherinnen wurden bei der Konferenz, deren Präsenzteil in Flensburg stattfand und zu der sich rund 400 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte zuschalteten, bestätigt. Im Mittelpunkt der Debatten standen aktuelle Entwicklungen in der Digitalisierung mit Blick auf die Geschlechtergerechtigkeit.

Weitere Themen waren die Arbeitssituation in der Pflegebranche, Gewalt gegen Frauen, die Notwendigkeit kostenfreier Verhütungsmittel und die Forderung nach der Abschaffung der Paragraphen 218 und 219a des Strafgesetzbuches. Dabei geht es unter anderem um die Zulässigkeit von Hinweisen, wo Schwangerschaftsabbrüche möglich sind und um eine zeitgemäße Regelung des Verfahrens im Schwangerschaftskonfliktgesetz insgesamt.

Die Tagung startete mit einem Grußwort von Bundesfrauenministerin Christine Lambrecht: „Wir wollen die Digitalisierung nutzen, um unsere Gesellschaft gerechter und moderner zu machen. Die Gleichstellung von Frauen und Männern wollen wir weiter voranbringen. Das betrifft viele Lebensbereiche, etwa die Erhöhung des Frauenanteils in Digitalberufen, das mobile Arbeiten oder die Bekämpfung

von Diskriminierung und Frauenhass im Netz. Unser Ziel ist, alle Menschen beim digitalen Wandel mitzunehmen. Wie wir die Digitalisierung so gestalten, dass Frauen und Männer gleiche Verwirklichungschancen haben, steht im Mittelpunkt des dritten Gleichstellungsberichts der Bundesregierung. Er gibt uns wertvolle Impulse. Umso mehr freue ich mich, dass die Bundeskonferenz diese Themen aufgreift. So können wir gemeinsam die digitalen Weichen stellen für eine zukunftsweisende Frauen- und Gleichstellungsarbeit in den Kommunen.“

Wie groß der Handlungsbedarf ist, zeigen einige aktuelle Fakten:

- Der Frauenanteil in der Digital- und Informatikbranche liegt bei lediglich 16 Prozent. Im Topmanagement sind Frauen in der Digitalbranche eine Seltenheit. Der Gender Leadership Gap liegt hier bei 5:1.
- Frauen und Männer weiten im Homeoffice ihre unbezahlte Sorgearbeit aus, allerdings Frauen stärker als Männer.
- Der Teilzeitanteil von Frauen in IT-Berufen liegt bei 19, bei den Männern bei fünf Prozent. (Durchschnitt bei anderen Berufen: Frauen bei 31 Prozent, Männer bei acht Prozent)
- Nur ein Drittel aller neuen Studierenden in MINT-Fächern sind Frauen. Seit 20 Jahren ist ihr Anteil in der Informatik nur um fünf auf 22 Prozent gestiegen.
- 70 Prozent aller Frauen im Internet haben bereits Bedrohungen und Beleidigungen erlebt. Digitale Gewalt hat Folgen: 19 Prozent aller Betroffenen ziehen sich nach dem Erlebten aus dem Online-Diskurs zurück.

Die Forderungen der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten sind in der Flensburger Erklärung zusammengefasst. Gefordert wird unter anderem eine faire Beteiligung und Partizipation der bestausgebildeten Frauengeneration bei der Entwicklung von Technologien, die Gestaltung einer geschlechtergerechten Arbeitswelt sowie der Schutz vor digitaler Gewalt und Diskriminierung. „Um die Digitalisierung als Chance für die Gleichstellung zu nutzen, muss der Zugang zu relevanten Ressourcen und Kompetenzen sichergestellt werden“, heißt es in der Flensburger Erklärung.

10.09.2021 Landkreis Northeim

<https://www.landkreis-northeim.de/portal/meldungen/26-bundeskonferenz-der-kommunalen-frauen-und-gleichstellungsbeauftragten-deutschlands-aus-flensburg-erfolgreich-zu-ende-gegangen-900004-002-23900.html>

26. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Deutschlands aus Flensburg erfolgreich zu Ende gegangen

Gleichstellung digital: Grenzen überschreiten – Horizonte öffnen

Rund 400 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte aus ganz Deutschland schalteten sich virtuell in Foren, Vorträge und Workshops zu, um sich über Digitalisierung unter dem Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit auszutauschen.

Weitere Themen der Konferenz waren die Arbeitssituation der Pflegebranche, Gewalt gegen Frauen, die Notwendigkeit kostenfreier Verhütungsmittel, die Abschaffung des § 218 und 219a StGB.

„Unser Ziel ist es, alle Menschen beim digitalen Wandel mitzunehmen. Wie wir die Digitalisierung so gestalten, dass Frauen und Männer gleiche Verwirklichungschancen haben, steht im Mittelpunkt des Dritten Gleichstellungsberichts der Bundesregierung. Der Bericht gibt uns wertvolle Impulse für unsere weitere Politik.“, so Bundesfrauenministerin Christine Lambrecht.

„Gleichstellung muss die Wechselwirkungen zwischen Geschlechterverhältnis und Digitalisierung berücksichtigen. Damit kann ein Beitrag zum Abbau struktureller Ungleichheiten, Geschlechtsstereotypen und Diskriminierungen geleistet werden.“, sagt die Gleichstellungsbeauftragte Julia Kögler.

Der Handlungsbedarf ist groß, wie aktuelle Zahlen zeigen:

- Der Frauenanteil in der Digital- und Informatikbranche liegt bei lediglich 16 Prozent. Im Topmanagement sind Frauen in der Digitalbranche eine Seltenheit. Der Gender Leadership Gap liegt hier bei 5:1.
- Homeoffice und Care: Frauen und Männer weiten im Homeoffice ihre unbezahlte Sorgearbeit aus, allerdings Frauen stärker als Männer.
- Der Teilzeitanteil von Frauen in IT-Berufen liegt bei 19 Prozent, bei den Männern bei 5 Prozent. (Durchschnitt bei anderen Berufen: Frauen bei 31 Prozent, Männer bei 8 Prozent)
- Nur ein Drittel aller Studienanfänger*innen in MINT-Fächern sind Frauen. Seit 20 Jahren hat sich der Frauenanteil in der Informatik nur um 5 Prozent auf 22 Prozent gesteigert.
- 70 Prozent aller Frauen im Internet haben bereits Bedrohungen und Beleidigungen erlebt. Digitale Gewalt hat fatale Folgen. 19 Prozent aller Betroffenen ziehen sich nach dem Erlebten aus dem Diskurs zurück.

Nur eine konsequente Gleichstellungspolitik auf allen staatlichen Ebenen kann hier Abhilfe schaffen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die strukturelle Benachteiligung von Frauen abzubauen: Neue Gesetze zu Homeoffice und mobilem Arbeiten müssen die Diskriminierungseffekte auf Frauen systematisch ausschließen, Frauen in MINT-Berufen gefördert, Zugänge zu Gründerinnenkapital erleichtert und Standards für die größtmögliche Selbstbestimmung über den wechselnden Arbeitsort festgelegt werden.

Pflegekampagne – #wenn, dann jetzt

Mit der Kampagne www.pflegerebellion.de solidarisieren wir uns mit den Pflegekräften und fordern eine deutliche Aufwertung der Pflegeberufe. Die Digitalisierung muss für eine veränderte Bewertung und Ausgestaltung von Pflegeberufen genutzt werden z.B. durch die Umsetzung eines angemessenen gesetzlichen Mindestlohns und eine Tarifbindung in der Pflegebranche sowie verbesserte Qualifizierungs- und Aufstiegsmöglichkeiten.

Mehr Schutz vor geschlechtsbezogenem Hass im Netz

Im digitalen Raum besteht ein hohes Gefährdungspotential durch geschlechtsbezogene Gewalt und sexualisierte Belästigung. Wir fordern eine systematische Berücksichtigung des Themas digitale Gewalt in Digitalisierungsprozessen, mehr Schutz vor geschlechtsbezogener Gewalt im Netz durch die Förderung und den Ausbau zivilgesellschaftlicher Initiativen und Projekte zu diesem Thema und den Aufbau von Kompetenzen und nachhaltigen Strukturen bei Polizei-, Strafverfolgungs- und Ordnungsbehörden sowie der Justiz.

Flensburger Erklärung

Mit der (einstimmigen) Verabschiedung der Flensburger Erklärung am Dienstag, den 31.08.2021 stellen die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten fest: „Gleichstellungspolitik hat in den vergangenen Jahrzehnten in vielen Bereichen Fortschritte erzielt. Dazu beigetragen hat die engagierte Arbeit der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten und ihrer Netzwerkpartner*innen. Der digitale Wandel kann nur gelingen, wenn er gleichstellungsorientiert gestaltet wird. Die Arbeits- und Unternehmenskultur in der Digitalwirtschaft muss sich verändern: hin zu mehr Vielfalt. Unsere digitalen Weichen sind auf Zukunft und Wandel gestellt.“

Hier finden Sie die vollständige Erklärung als PDF-Datei.

https://docreader.readspeaker.com/docreader/?cid=byihe&lang=de_de&url=https://www.schleswig-flensburg.de/output/download.php?fid=3333.2474.1.PDF

- *Quellen: Studie: „Free to be online? Girls’ and young women’s experience of inline harassment“ des Kinderhilfswerks Plan International; Gleichstellungsbericht der Bundesregierung 2021; Bundesverband der Schwangerschaftskonfliktberatung*
- *Informationen zur Konferenz: www.frauenbeauftragte.de*
- *Aktuelles zur Konferenz auf Twitter: [#gleichberechtigt@BAGkommunal](https://twitter.com/BAGkommunal) und [#digitalgleichstellen](https://twitter.com/digitalgleichstellen)*

Die Bundeskonferenz wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

und dem Ministerium für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung, sowie der Stadt Flensburg gefördert.

10.09.2021 THE WORLD NEWS GERMANY

<https://twnews.it/de-news/flensburger-erklarung-verabschiedet>

Flensburger Erklärung verabschiedet Digitalisierung unter Aspekten der Geschlechtergleichstellung

Würzburg. An der 26. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Deutschlands habe auch die Gleichstellungsbeauftragte für Frauen und Männer der Stadt Würzburg teilgenommen, heißt es in einer Pressemitteilung der Stadt Würzburg.

Die Themen, über die sich die rund 400 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten in Foren, Vorträgen und Workshops ausgetauscht hätten, waren Digitalisierung unter dem Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit, die Arbeitssituation der Pflegebranche, Gewalt gegen Frauen, die Notwendigkeit kostenfreier Verhütungsmittel und die Abschaffung der § 218 und 219a StGB.

Bei der Bundeskonferenz sei einstimmig die „Flensburger Erklärung“ verabschiedet worden, mit der die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten feststellen: „Gleichstellungspolitik hat in den vergangenen Jahrzehnten in vielen Bereichen Fortschritte erzielt. Dazu beigetragen hat die engagierte Arbeit der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten und ihrer Netzwerkpartner und Netzwerkpartnerinnen. Der digitale Wandel kann nur gelingen, wenn er gleichstellungsorientiert gestaltet wird. Die Arbeits- und Unternehmenskultur in der Digitalwirtschaft muss sich verändern: hin zu mehr Vielfalt. Unsere digitalen Weichen sind auf Zukunft und Wandel gestellt.“

„Gleichstellung muss die Wechselwirkungen zwischen Geschlechterverhältnis und Digitalisierung berücksichtigen. Damit kann ein Beitrag zum Abbau struktureller Ungleichheiten, Geschlechtsstereotypen und Diskriminierungen geleistet werden“, stellt Petra Müller-März klar, Gleichstellungsbeauftragte für Frauen und Männer der Stadt Würzburg.

Nur eine konsequente Gleichstellungspolitik auf allen staatlichen Ebenen könne Abhilfe schaffen, zudem werde mehr Schutz vor geschlechtsbezogenem Hass im Netz gefordert, da im digitalen Raum ein hohes Gefährdungspotential durch geschlechtsbezogene Gewalt und sexualisierte Belästigung bestehe, heißt es abschließend in der Mitteilung.

- Weitere Informationen zur Konferenz auf www.frauenbeauftragte.de.

13.09.2021 Stadt Langen

<https://www.langen.de>

Grenzen überschreiten – Horizonte öffnen

Langener Frauenbeauftragte bei digitaler Bundeskonferenz dabei

Die Licht-, aber auch die Schattenseiten einer sich immer stärker digital ausrichtenden Welt hat die 26. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten beleuchtet. Ganz besonders wurde dabei von den rund 400 Teilnehmerinnen, zu denen auch die Langener Frauenbeauftragte Sabine Nadler zählte, der gleichstellungspolitische Aspekt des Themas beleuchtet.

„Gleichstellung digital: Grenzen überschreiten – Horizonte öffnen“ lautete das Thema der Konferenz in Flensburg, die angesichts der Corona-Pandemie tatsächlich digital stattfinden musste. Rund 400 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte aus ganz Deutschland schalteten sich virtuell in Foren, Vorträge und Workshops zu, um sich über Digitalisierung unter dem Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit auszutauschen.

„Unser Ziel ist es, alle Menschen beim digitalen Wandel mitzunehmen. Wie wir die Digitalisierung so gestalten, dass Frauen und Männer gleiche Verwirklichungschancen haben, steht im Mittelpunkt des Dritten Gleichstellungsberichts der Bundesregierung. Der Bericht gibt uns wertvolle Impulse für unsere weitere Politik“, erklärte Bundesfrauenministerin Christine Lambrecht bei der Eröffnung.

„Gleichstellung muss die Wechselwirkungen zwischen Geschlechterverhältnis und Digitalisierung berücksichtigen. Damit kann ein Beitrag zum Abbau struktureller Ungleichheiten, Geschlechtsstereotypen und Diskriminierungen geleistet werden“, ergänzt die Langener Frauenbeauftragte Sabine Nadler.

Der Handlungsbedarf ist nach ihren Worten groß, wie aktuelle Zahlen zeigen: So liegt der Frauenanteil in der Digital- und Informatikbranche bei lediglich 16 Prozent. Und im Topmanagement sind Frauen in der Digitalbranche eine Seltenheit. Der sogenannte Gender Leadership Gap (er beschreibt den Frauenanteil an den Beschäftigten im Verhältnis zum Anteil an der ersten Führungsebene) liegt bei fünf zu eins.

Der Teilzeitanteil von Frauen in IT-Berufen beträgt 19 Prozent (bei anderen Berufen 31), bei den Männern fünf Prozent (andere Berufe: acht). Und nur ein Drittel aller Studienanfänger in MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) sind Frauen. In den zurückliegenden 20 Jahren hat sich der Frauenanteil in der Informatik nur um fünf auf 22 Prozent gesteigert.

Dagegen haben 70 Prozent aller Frauen im Internet bereits Bedrohungen und Beleidigungen erlebt. Doch digitale Gewalt hat fatale Folgen: 19 Prozent aller Betroffenen ziehen sich nach dem Erlebten aus dem Diskurs zurück.

Nur eine konsequente Gleichstellungspolitik auf allen staatlichen Ebenen kann Abhilfe schaffen, ist sich Sabine Nadler mit den Mitstreiterinnen aus der ganzen Bundesrepublik einig: Die Bundesregierung wird deshalb in der bei der Tagung erarbeiteten Flensburger Erklärung aufgefordert, die strukturelle

Benachteiligung von Frauen abzubauen. Um dies zu erreichen, wurden klare Vorgaben formuliert: Neue Gesetze zu Homeoffice und mobilem Arbeiten müssen die Diskriminierungseffekte auf Frauen systematisch ausschließen, Frauen in MINT-Berufen gefördert, Zugänge zu Gründerinnenkapital erleichtert und Standards für die größtmögliche Selbstbestimmung über den wechselnden Arbeitsort festgelegt werden.

„Der digitale Wandel kann nur gelingen, wenn er geschlechtergerecht gestaltet wird“, sagt Sabine Nadler. „Insofern sind unsere Forderungen kein Selbstzweck, sondern ein wichtiger und unerlässlicher Beitrag, um die Digitalisierungsprozesse im erforderlichen Maße voranzubringen.“

Weitere Themen der Konferenz waren die Arbeitssituation der Pflegebranche, Gewalt gegen Frauen, die Notwendigkeit kostenfreier Verhütungsmittel sowie die Abschaffung der Paragraphen 218 und 219a StGB.

Mit dabei: Sabine Reek-Rade, Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Schwabach

Rund 400 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte aus ganz Deutschland schalteten sich virtuell in Foren, Vorträge und Workshops zu, um sich über Digitalisierung unter dem Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit auszutauschen. Weitere Themen der Konferenz waren die Arbeitssituation der Pflegebranche, Gewalt gegen Frauen, die Notwendigkeit kostenfreier Verhütungsmittel, die Abschaffung des § 218 und 219a StGB.

„Unser Ziel ist es, alle Menschen beim digitalen Wandel mitzunehmen. Wie wir die Digitalisierung so gestalten, dass Frauen und Männer gleiche Verwirklichungschancen haben, steht im Mittelpunkt des Dritten Gleichstellungsberichts der Bundesregierung. Der Bericht gibt uns wertvolle Impulse für unsere weitere Politik.“, so Bundesfrauenministerin Christine Lambrecht.

14.09.2021 Stadt Schwabach

<https://www.schwabach.de/de/stadtverwaltung/oberbuergermeister/105-gleichstellungsstelle/9713-gleichstellung-digital-grenzen-ueberschreiten-horizonte-oeffnen.html>



Gleichstellung digital: Grenzen überschreiten – Horizonte öffnen
26. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Deutschlands aus Flensburg erfolgreich zu Ende gegangen.

„Gleichstellung muss die Wechselwirkungen zwischen Geschlechterverhältnis und Digitalisierung berücksichtigen. Damit kann ein Beitrag zum Abbau struktureller Ungleichheiten, Geschlechtsstereotypen und Diskriminierungen geleistet werden.“, sagt Sabine Reek-Rade, Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Schwabach.

Der Handlungsbedarf ist groß, wie aktuelle Zahlen zeigen:

- Der Frauenanteil in der Digital- und Informatikbranche liegt bei lediglich 16 Prozent. Im Topmanagement sind Frauen in der Digitalbranche eine Seltenheit. Der Gender Leadership Gap liegt hier bei 5:1.
- Homeoffice und Care: Frauen und Männer weiten im Homeoffice ihre unbezahlte Sorgearbeit aus, allerdings Frauen stärker als Männer.
- Der Teilzeitanteil von Frauen in IT-Berufen liegt bei 19 Prozent, bei den Männern bei 5 Prozent. (Durchschnitt bei anderen Berufen: Frauen bei 31 Prozent, Männer bei 8 Prozent)
- Nur ein Drittel aller Studienanfänger*innen in MINT-Fächern sind Frauen. Seit 20 Jahren hat sich der Frauenanteil in der Informatik nur um 5 Prozent auf 22 Prozent gesteigert.

- 70 Prozent aller Frauen im Internet haben bereits Bedrohungen und Beleidigungen erlebt. Digitale Gewalt hat fatale Folgen. 19 Prozent aller Betroffenen ziehen sich nach dem Erlebten aus dem Diskurs zurück.

Nur eine konsequente Gleichstellungspolitik auf allen staatlichen Ebenen kann hier Abhilfe schaffen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die strukturelle Benachteiligung von Frauen abzubauen: Neue Gesetze zu Homeoffice und mobilem Arbeiten müssen die Diskriminierungseffekte auf Frauen systematisch ausschließen, Frauen in MINT-Berufen gefördert, Zugänge zu Gründerinnenkapital erleichtert und Standards für die größtmögliche Selbstbestimmung über den wechselnden Arbeitsort festgelegt werden.

14.09.2021 Main Post

Flensburger Erklärung verabschiedet 26. Bundeskonferenz für Gleichstellung

WÜRZBURG Digitalisierung unter Aspekten der Geschlechtergleichstellung.

An der 26. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Deutschlands habe auch die Gleichstellungsbeauftragte für Frauen und Männer der Stadt Würzburg teilgenommen, heißt es in einer Pressemitteilung der Stadt Würzburg. Die Themen, über die sich die rund 400 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten in Foren, Vorträgen und Workshops ausgetauscht hätten, waren Digitalisierung unter dem Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit, die Arbeitssituation der Pflegebranche, Gewalt gegen Frauen, die Notwendigkeit kostenfreier Verhütungsmittel und die Abschaffung der § 218 und 219a StGB. Einstimmige Verabschiedung der Erklärung Bei der Bundeskonferenz sei einstimmig die „Flensburger Erklärung“ verabschiedet worden, mit der die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten feststellen:

„Gleichstellungspolitik hat in den vergangenen Jahrzehnten in vielen Bereichen Fortschritte erzielt. Dazu beigetragen hat die engagierte Arbeit der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten und ihrer Netzwerkpartner und Netzwerkpartnerinnen. Der digitale Wandel kann nur gelingen, wenn er gleichstellungsorientiert gestaltet wird. Die Arbeits- und Unternehmenskultur in der Digitalwirtschaft muss sich verändern: hin zu mehr Vielfalt. Unsere digitalen Weichen sind auf Zukunft und Wandel gestellt.“ „Gleichstellung muss die Wechselwirkungen zwischen Geschlechterverhältnis und Digitalisierung berücksichtigen. Damit kann ein Beitrag zum Abbau struktureller Ungleichheiten, Geschlechtsstereotypen und Diskriminierungen geleistet werden“, stellt Petra Müller März, Gleichstellungsbeauftragte für Frauen und Männer der Stadt Würzburg, klar. Mehr Schutz vor geschlechtsbezogenem Hass.

Nur eine konsequente Gleichstellungspolitik auf allen staatlichen Ebenen könne Abhilfe schaffen, zudem werde mehr Schutz vor geschlechtsbezogenem Hass im Netz gefordert, da im digitalen Raum ein hohes Gefährdungspotenzial durch geschlechtsbezogene Gewalt und sexualisierte Belästigung bestehe, heißt es abschließend in der Mitteilung. (STEVE)

- *Weitere Informationen zur Konferenz auf www.frauenbeauftragte.de*

15.09.2021 Schwalm-Eder-Kreis

https://www.schwalm-eder-kreis.de/Gleichstellung-digital-Grenzen-ueberschreiten-Horizonte-oeffnen.html?waid=702&modul_id=2

Gleichstellung digital: Grenzen überschreiten – Horizonte öffnen



26. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Deutschlands aus Flensburg erfolgreich zu Ende gegangen

Zusammen mit rund 400 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten aus ganz Deutschland schalteten sich Bärbel Spohr und Gerlinde Eckhardt, die Frauenbeauftragten des Landkreises, virtuell in Foren, Vorträge und Workshops zu, um sich über Digitalisierung unter dem Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit auszutauschen.

Frauenpolitische Arbeit findet in Netzwerken statt. So haben sich die Frauenbeauftragten des Schwalm-Eder-Kreises, Bärbel Spohr und Gerlinde Eckhardt an einem bundesweiten Austausch bei einer Online-Konferenz beteiligt. Themen waren neben dem Hauptthema der Digitalisierung u.a. die Arbeitssituation der Pflegebranche, Gewalt gegen Frauen, die Notwendigkeit kostenfreier Verhütungsmittel, die Abschaffung des § 218 und 219a StGB.

Unser Ziel ist es, alle Menschen beim digitalen Wandel mitzunehmen. Wie wir die Digitalisierung so gestalten, dass Frauen und Männer gleiche Verwirklichungschancen haben, steht im Mittelpunkt des

Dritten Gleichstellungsberichts der Bundesregierung. Der Bericht gibt uns wertvolle Impulse für unsere weitere Politik“, so Bundesfrauenministerin Christine Lambrecht.

„Gleichstellung muss die Wechselwirkungen zwischen Geschlechterverhältnis und Digitalisierung berücksichtigen. Damit kann ein Beitrag zum Abbau struktureller Ungleichheiten, Geschlechtsstereotypen und Diskriminierungen geleistet werden.“, sagt Bärbel Spohr.

Der Handlungsbedarf ist groß, wie aktuelle Zahlen zeigen:

- Der Frauenanteil in der Digital- und Informatikbranche liegt bei lediglich 16 Prozent. Im Topmanagement sind Frauen in der Digitalbranche eine Seltenheit. Der Gender Leadership Gap liegt hier bei 5:1.
- Homeoffice und Care: Frauen und Männer weiten im Homeoffice ihre unbezahlte Sorgearbeit aus, allerdings Frauen stärker als Männer.
- Der Teilzeitanteil von Frauen in IT-Berufen liegt bei 19 Prozent, bei den Männern bei 5 Prozent. (Durchschnitt bei anderen Berufen: Frauen bei 31 Prozent, Männer bei 8 Prozent)
- Nur ein Drittel aller Studienanfänger*innen in MINT-Fächern sind Frauen. Seit 20 Jahren hat sich der Frauenanteil in der Informatik nur um 5 Prozent auf 22 Prozent gesteigert.
- 70 Prozent aller Frauen im Internet haben bereits Bedrohungen und Beleidigungen erlebt. Digitale Gewalt hat fatale Folgen. 19 Prozent aller Betroffenen ziehen sich nach dem Erlebten aus dem Diskurs zurück.

Nur eine konsequente Gleichstellungspolitik auf allen staatlichen Ebenen kann hier Abhilfe schaffen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die strukturelle Benachteiligung von Frauen abzubauen: Neue Gesetze zu Homeoffice und mobilem Arbeiten müssen die Diskriminierungseffekte auf Frauen systematisch ausschließen, Frauen in MINT-Berufen sollen gefördert, Zugänge zu Gründerinnenkapital erleichtert und Standards für die größtmögliche Selbstbestimmung über den wechselnden Arbeitsort festgelegt werden.

„Es war gut sich auf Bundesebene mit weiteren Gleichstellungsbeauftragten zu diesen Themen auszutauschen und gemeinsame Forderungen zu formulieren. Frauenpolitik ohne Netzwerkarbeit ist nicht denkbar. Wir werden unsere Erfahrungen nun in unsere lokalen Frauennetzwerke im Schwalm-Eder-Kreis einbringen und hoffen damit weitere Verbesserungen für die Situation der Frauen auf den Weg bringen zu können“, so Bärbel Spohr und Gerlinde Eckhardt abschließend.

17.09.2021 Dein Gütersloh.de

<https://www.dein-guetersloh.de/news/hilfe-und-beratung/gleichstellung-digital-grenzen-ueberschreiten---horizonte-oeffnen>

Gleichstellung digital: Grenzen überschreiten – Horizonte öffnen

26. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Deutschlands



Mit der Rede der Sprecherinnen und Vorstellung der Flensburger Erklärung verabschiedet sich Inge Trame als Bundessprecherin bei der 26. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Deutschlands.

Zu der 26. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Deutschlands trafen sich knapp 400 Frauen aus ganz Deutschland online. Dabei stand in Vorträgen und Workshops verschiedene Themen, wie zum Beispiel Gewalt gegen Frauen im Mittelpunkt.

von VS

Pressemitteilung der Stadt Gütersloh:

Rund 400 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte aus ganz Deutschland haben sich virtuell in Foren, Vorträge und Workshops zur 26. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Deutschlands zugeschaltet, um sich über Digitalisierung unter dem Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit auszutauschen. Mit dabei war Inge Trame, Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Gütersloh und eine der Bundessprecherinnen. Mit der Rede der Sprecherinnen und der Vorstellung der Flensburger Erklärung verabschiedete sie sich nach zwei Wahlperioden turnusgemäß in dieser Funktion.

Im Mittelpunkt der Konferenz standen außerdem als Themen die Arbeitssituation in der Pflegebranche, Gewalt gegen Frauen, die Notwendigkeit kostenfreier Verhütungsmittel sowie die Abschaffung der Paragraphen 218 (Schwangerschaftsabbruch) und 219a (Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche) im Strafgesetzbuch. „Unser Ziel ist es, alle Menschen beim digitalen Wandel mitzunehmen“, so Bundesfrauenministerin Christine Lambrecht. „Wie wir die Digitalisierung so gestalten, dass Frauen und Männer gleiche Verwirklichungschancen haben, steht im Mittelpunkt des dritten Gleichstellungsberichts der Bundesregierung. Der Bericht gibt uns wertvolle Impulse für unsere weitere Politik.“ Die städtische Gleichstellungsbeauftragte Inge Trame ergänzt: „Gleichstellung muss die Wechselwirkungen zwischen Geschlechterverhältnis und Digitalisierung berücksichtigen. Damit kann ein Beitrag zum Abbau von strukturellen Ungleichheiten, Geschlechtsstereotypen und Diskriminierungen geleistet werden.“

Der Handlungsbedarf der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten ist groß, wie aktuelle Zahlen zeigen, die bei der Konferenz präsentiert wurden:

- Der Frauenanteil in der Digital- und Informatikbranche liegt bei lediglich 16 Prozent. Im Topmanagement sind Frauen in der Digitalbranche eine Seltenheit. Der Genderleadership Gap liegt hier bei 5:1.

- Homeoffice und Care: Frauen und Männer weiten im Homeoffice ihre unbezahlte Sorgearbeit aus, Frauen allerdings stärker als Männer.
- Der Teilzeitanteil von Frauen in IT-Berufen liegt bei 19 Prozent, bei den Männern bei 5 Prozent (Durchschnitt bei anderen Berufen: Frauen bei 31 Prozent, Männer bei 8 Prozent).
- Nur ein Drittel aller Studienanfänger und -Anfängerinnen in MINT-Fächern sind Frauen. Seit 20 Jahren hat sich der Frauenanteil in der Informatik nur um 5 Prozent auf 22 Prozent gesteigert.
- 70 Prozent aller Frauen im Internet haben bereits Bedrohungen und Beleidigungen erlebt. Digitale Gewalt hat fatale Folgen. 19 Prozent aller Betroffenen ziehen sich nach dem Erlebten aus dem Diskurs zurück.

Die Ergebnisse der Bundeskonferenz:

Nur eine konsequente Gleichstellungspolitik auf allen staatlichen Ebenen kann Abhilfe schaffen: Die Bundesregierung wird aufgefordert, die strukturelle Benachteiligung von Frauen abzubauen. Neue Gesetze zu Homeoffice und mobilem Arbeiten müssen die Diskriminierungseffekte auf Frauen systematisch ausschließen. Frauen in MINT-Berufen müssen gefördert, Zugänge zu Gründerinnenkapital erleichtert und Standards für die größtmögliche Selbstbestimmung über den wechselnden Arbeitsort festgelegt werden.

Pflegekampagne – #wenn, dann jetzt

Mit der Kampagne www.pflegerebellion.de solidarisieren sich die Frauenbeauftragten mit Pflegekräften und fordern eine deutliche Aufwertung der Pflegeberufe. Die Digitalisierung muss für eine veränderte Bewertung und Ausgestaltung von Pflegeberufen genutzt werden, zum Beispiel durch die Umsetzung eines angemessenen gesetzlichen Mindestlohns und eine Tarifbindung in der Pflegebranche sowie verbesserte Qualifizierungs- und Aufstiegsmöglichkeiten.

Mehr Schutz vor geschlechtsbezogenem Hass im Netz

Im digitalen Raum besteht ein hohes Gefährdungspotenzial durch geschlechtsbezogene Gewalt und sexualisierte Belästigung. Die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten fordern eine systematische

Berücksichtigung des Themas digitale Gewalt in Digitalisierungsprozessen, mehr Schutz vor geschlechtsbezogener Gewalt im Netz durch die Förderung und den Ausbau zivilgesellschaftlicher Initiativen und Projekte zu diesem Thema sowie den Aufbau von Kompetenzen und nachhaltigen Strukturen bei Polizei-, Strafverfolgungs- und Ordnungsbehörden sowie der Justiz.

Flensburger Erklärung

Mit der einstimmigen Verabschiedung der Flensburger Erklärung am 31. August 2021 stellten die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten fest: „Gleichstellungspolitik hat in den vergangenen Jahrzehnten in vielen Bereichen Fortschritte erzielt. Dazu beigetragen hat die engagierte Arbeit der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten und ihrer Netzwerkpartner. Der digitale Wandel kann nur gelingen, wenn er gleichstellungsorientiert gestaltet wird. Die Arbeits- und Unternehmenskultur in der Digitalwirtschaft muss sich verändern: hin zu mehr Vielfalt. Unsere digitalen Weichen sind auf Zukunft und Wandel gestellt.“

Zum Hintergrund:

Die Bundeskonferenz wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und dem Ministerium für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung sowie der Stadt Flensburg gefördert.

- Weitere Informationen zur Konferenz: www.frauenbeauftragte.de
- [https://www.dein-quetersloh.de/search?q=26.Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Deutschlands](https://www.dein-quetersloh.de/search?q=26.Bundeskonferenz+der+kommunalen+Frauen-+und+Gleichstellungsbeauftragten+Deutschlands)

18.09.2021 Remscheid

Christel Steylaers über die Bundeskonferenz der Gleichstellungsbeauftragten und Forderungen an die neue Regierung
„Corona verschlechtert die Lage der Frauen“

Das Gespräch führte
 Melissa Wienzek

Frau Steylaers, rund 400 Frauen und Gleichstellungsbeauftragte aus ganz Deutschland haben sich bei einer Bundeskonferenz ausgetauscht, auch Sie. Hat Corona die Lage der Frauen verschlechtert?

Christel Steylaers: Ich denke ja. Ein ganz wesentlicher Punkt ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das haben Frauen während der Pandemie im großen Maße übernommen. Unsere Konferenz drehte sich um die Digitalisierung – da sind wir direkt beim Thema Homeoffice. Vor der Pandemie wurde immer gefordert: Wir brauchen mehr Homeoffice. In der Pandemie stelle man dann fest: Eigentlich geht das ja gar nicht so gut, wenn kleine Kinder zu Hause sind. Und wenn man weniger am Arbeitsplatz ist, bedeutet das auch, dass die Karrierechancen sinken. Wer nicht da ist, wird nicht gesehen und wird auch nicht befördert. Wer macht bisher Karriere? Überwiegend Männer. Zudem ist das Homeoffice sehr entgrenzend: Die unbezahlte Hausarbeit und die bezahlte Erwerbsarbeit gehen fließend in einander über. Auch wenn Männer Pflege und Haushalt verstärkt übernommen haben, hat die Corona-Pandemie doch vieles verschlechtert.

Auch der Pflegeberuf rückte dabei in den Fokus.

Steylaers: Ja. Da muss ich im Grunde nichts weiter zu sagen. Die Frauen – es sind zu 80 Prozent Frauen in der Kranken- und 90 Prozent in der Altenpflege – haben besondere Leistungen zu schultern, aber das nicht zu erhöhten Löhnen. Irgendwann reicht das Klatschen nicht mehr. Es gibt aber keine großen



Christel Steylaers wurde zur Sprecherin der Bundeskonferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten wiedergewählt. Foto: Susanne Hübner

Anstrengungen, etwas an dieser Situation ändern.

Das heißt, Frauen sind in der Arbeitswelt immer noch benachteiligt?

Steylaers: Ja. Wir haben uns auch mit einem Antrag beschäftigt, dass Erzieherinnen immer noch eine Fachschulausbildung machen müssen, die ihnen nicht bezahlt

wird. Wir fordern von der Bundesregierung daher, dass ein Ausbildungsentgelt bezahlt wird. Das müsste eigentlich für alle Berufe im sozialen und Erziehungsbereich gelten.

Wie könnte die Digitalisierung die Lage der Frauen verbessern?

Steylaers: Erst einmal müssen wir schauen, dass Frauen

durch die Digitalisierung keine Nachteile haben. Beispiel: Der Frauenanteil in der Digital- und Informatikbranche liegt bei 16 Prozent, in der Führungsebene nur bei 5 Prozent. Digitalisierung heißt auch, dass man sich eine Welt anschaut und diese Welt erleichtert wird. Wenn sich Männer ihre Welt angucken, wird nur durch diese eine Brille geguckt. Diese Brillen müssen aber alle aufhaben. Deshalb ist es wichtig, dass in der Digitalbranche alle vertreten sind.

Was fordern Sie von der neuen Bundesregierung?

Steylaers: Mehr Lohntransparenz, also dass der Geschlechterunterschied bei den Löhnen genauer herausgearbeitet wird und mehr Frauen die Möglichkeit haben, gleichen Lohn einzufordern. Ganz wichtig: Die Versorgung der Bevölkerung in Bezug auf Schwangerschaftsabbrüche ist ein großes Problem. Die Ärzte, die dies durchführen, werden älter, der Nachwuchs fehlt. Der Schwangerschaftsabbruch muss raus aus dem Strafrecht, der Paragraph 218 gestrichen werden. Wir fordern stattdessen, dass eine sichere Versorgung für alle Frauen in der Bundesrepublik in einem eigenen Gesetz geregelt wird. Gewalt gegen Frauen ist auch ein Thema, digitale Gewalt gegen Frauen ist ein dickes Thema. Wir fordern, dass Straftatbestände geschaffen werden, damit es überhaupt eine Möglichkeit gibt, sich zu wehren. Der Femi-zid soll als Straftatbestand ins Strafgesetzbuch aufgenommen werden. Wir fordern zudem einen kostenfreien Zugang zu sicheren Verhütungsmitteln für Männer und Frauen. In Remscheid haben wir unseren Pillenfonds:

Frauen, die wenig Geld haben, können bei der pro familia die Antibabypille bekommen.

Sie wurden zur Bundessprecherin der Konferenz wiedergewählt. Können Sie dadurch die Anliegen der Remscheider Frauen bundesweit transportieren?

Steylaers: Ich höre hier sehr viele Dinge. Ich höre, was Remscheider Frauen bewegt. Ich weiß, dass das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein großes ist. Ich weiß, dass Remscheid alle Anstrengungen unternimmt, Kindergartenplätze zu schaffen. Ich weiß aber auch: Das Geld ist nicht immer da, Erzieherinnen fehlen. Ich komme auch oft mit älteren Frauen zusammen, die eine beeindruckende Lebensgeschichte hinter sich haben, aber trotzdem keine existenzsichernden Renten erwirtschaften. Das alles höre ich hier – und ich finde es ganz wichtig, dass ich das auf die Bundesebene transportieren kann. Wir unterhalten uns dabei regelmäßig mit Bundespolitikerinnen und arbeiten in Netzwerken. Viele Frauen sagen: ‚Da kann man doch eh nichts machen.‘ Ich sage: Doch, da kann man was machen! Wir bleiben an den Forderungen dran.

Zur Person

Christel Steylaers (62) ist seit über 30 Jahren Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Remscheid. Die gebürtige Göttingerin ist Diplom-Politologin und Sprecherin der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros. Ihr Schwerpunkt ist die Arbeitsmarktpolitik.

2021 erlangen-hoechstadt.de

<https://www.erlangen-hoechstadt.de/media/10251/gleichstellung-digital-presse-homepage-lra.pdf>

2021 ingolstadt-reporter.de

<https://ingolstadt-reporter.de/aus-der-region/ingolstadt/gleichstellung-digital-grenzen-ueberschreiten-horizonte-oeffnen>

Gleichstellung digital: Grenzen überschreiten – Horizonte öffnen

26. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Deutschlands aus Flensburg erfolgreich zu Ende gegangen

Mit dabei: Claudia Wolter, Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises Erlangen-Höchstadt

Rund 400 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte aus ganz Deutschland schalteten sich virtuell in Foren, Vorträge und Workshops zu, um sich über Digitalisierung unter dem Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit auszutauschen. Weitere Themen der Konferenz waren die Arbeitssituation der Pflegebranche, Gewalt gegen Frauen, die Notwendigkeit kostenfreier Verhütungsmittel, die Abschaffung des § 218 und 219a StGB. „Unser Ziel ist es, alle Menschen beim digitalen Wandel mitzunehmen. Wie wir die Digitalisierung so gestalten, dass Frauen und Männer gleiche Verwirklichungschancen haben, steht im Mittelpunkt des Dritten Gleichstellungsberichts der Bundesregierung. Der Bericht gibt uns wertvolle Impulse für unsere weitere Politik.“, so Bundesfrauenministerin Christine Lambrecht. „Gleichstellung muss die Wechselwirkungen zwischen Geschlechterverhältnis und Digitalisierung berücksichtigen. Damit kann ein Beitrag zum Abbau struktureller Ungleichheiten, Geschlechtsstereotypen und Diskriminierungen geleistet werden.“, sagt Claudia Wolter.

Der Handlungsbedarf ist groß, wie aktuelle Zahlen zeigen:

- Der Frauenanteil in der Digital- und Informatikbranche liegt bei lediglich 16 Prozent. Im Topmanagement sind Frauen in der Digitalbranche eine Seltenheit. Der Gender Leadership Gap liegt hier bei 5:1.
- Homeoffice und Care: Frauen und Männer weiten im Homeoffice ihre unbezahlte Sorgearbeit aus, allerdings Frauen stärker als Männer. > Der Teilzeitanteil von Frauen in IT-Berufen liegt bei 19 Prozent, bei den Männern bei 5 Prozent. (Durchschnitt bei anderen Berufen: Frauen bei 31 Prozent, Männer bei 8 Prozent)
- Nur ein Drittel aller Studienanfänger*innen in MINT-Fächern sind Frauen. Seit 20 Jahren hat sich der Frauenanteil in der Informatik nur um 5 Prozent auf 22 Prozent gesteigert.
- 70 Prozent aller Frauen im Internet haben bereits Bedrohungen und Beleidigungen erlebt. Digitale Gewalt hat fatale Folgen. 19 Prozent aller Betroffenen ziehen sich nach dem Erlebten aus dem Diskurs zurück.

Nur eine konsequente Gleichstellungspolitik auf allen staatlichen Ebenen kann hier Abhilfe schaffen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die strukturelle Benachteiligung von Frauen abzubauen: Neue Gesetze zu Homeoffice und mobilem Arbeiten müssen die Diskriminierungseffekte auf Frauen systematisch ausschließen, Frauen in MINT-Berufen gefördert, Zugänge zu Gründerinnenkapital erleichtert und Standards für die größtmögliche Selbstbestimmung über den wechselnden Arbeitsort festgelegt werden.

Pflegekampagne – #wenn, dann jetzt

Mit der Kampagne www.pflegerbellion.de solidarisieren wir uns mit den Pflegekräften und fordern eine deutliche Aufwertung der Pflegeberufe. Die Digitalisierung muss für eine veränderte Bewertung und Ausgestaltung von Pflegeberufen genutzt werden z.B. durch die Umsetzung eines angemessenen gesetzlichen Mindestlohns und eine Tarifbindung in der Pflegebranche sowie verbesserte Qualifizierungs- und Aufstiegsmöglichkeiten.

Mehr Schutz vor geschlechtsbezogenem Hass im Netz

Im digitalen Raum besteht ein hohes Gefährdungspotential durch geschlechtsbezogene Gewalt und sexualisierte Belästigung. Wir fordern eine systematische Berücksichtigung des Themas digitale Gewalt in Digitalisierungsprozessen, mehr Schutz vor geschlechtsbezogener Gewalt im Netz durch die Förderung und den Ausbau zivilgesellschaftlicher Initiativen und Projekte zu diesem Thema und den Aufbau von Kompetenzen und nachhaltigen Strukturen bei Polizei-, Strafverfolgungs- und Ordnungsbehörden sowie der Justiz.

Flensburger Erklärung

Mit der (einstimmigen) Verabschiedung der Flensburger Erklärung am Dienstag, den 31.08.2021 stellen die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten fest: „Gleichstellungspolitik hat in den vergangenen Jahrzehnten in vielen Bereichen Fortschritte erzielt. Dazu beigetragen hat die engagierte Arbeit der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten und ihrer Netzwerkpartner*innen. Der digitale Wandel kann nur gelingen, wenn er gleichstellungsorientiert gestaltet wird. Die Arbeits- und Unternehmenskultur in der Digitalwirtschaft muss sich verändern: hin zu mehr Vielfalt. Unsere digitalen Weichen sind auf Zukunft und Wandel gestellt.“

- *Quellen: Studie: „Free to be online? Girls' and young women's experience of inline harassment“ des Kinderhilfswerks Plan International; Gleichstellungsbericht der Bundesregierung 2021; Bundesverband der Schwangerschaftskonfliktberatung*
- *Informationen zur Konferenz: www.frauenbeauftragte.de*
- *Aktuelles zur Konferenz auf Twitter: [gleichberechtigt@BAGkommunal](https://twitter.com/gleichberechtigt@BAGkommunal) und [#digitalgleichstellen](https://twitter.com/digitalgleichstellen)*

Die Bundeskonferenz wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und dem Ministerium für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung, sowie der Stadt Flensburg gefördert.

